

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Executive Summary	7
1. Strategische Tiefe – neue außenpolitische Doktrin	11
2. Innenpolitische Grundlagen – Änderungen in der politischen Landschaft	15
Modifizierte Problemsicht – frühere Schwarz-Weiß-Schemata abgelöst	17
3. Umsetzung der neuen außenpolitischen Linie – dynamischer und multidimensionalerer Ansatz	19
Nachbarschaftspolitik – von Entspannung geprägt	22
4. Naher Osten – ist wieder ins Zentrum gerückt	25
Syrien – Kooperation statt Konfrontation	29
Irak – ein wichtiger Nachbar	32
Iran – historische und wirtschaftliche Verbundenheit	34
Israel – getrübbte Beziehungen	38
5. Südkaukasus – Bedeutung wieder in den Blickpunkt gerückt	43
Armenien – Bewegung in den Beziehungen, aber noch kein Durchbruch	45
Aserbaidschan – wichtiger Partner, aber gewisser Schatten auf den Beziehungen	51

Georgien – gutes Verhältnis, kaum neue Entwicklungen	53
6. Russland – rasche Entwicklung der Beziehungen, wichtiger Energiepartner	55
7. Energiepolitik – türkische Bestrebungen, Energiedrehscheibe zu werden	59
8. Auswirkungen für die EU und die USA – bisher keine Abwendung vom Westen, aber künftig unabhängigere, stärker regional bezogene Politik	63
Quellennachweis	69

Vorwort

Es ist nicht zu übersehen, dass die Türkei immer stärker in die Rolle einer bedeutenden Regionalmacht schlüpft. Die aktuellsten Ereignisse um internationale und zivile Hilfslieferungen in den Gaza-Streifen, die vom israelischen Militär gewaltsam gestoppt wurden und neben anderen auch türkische Menschenleben forderten, führten dabei zu einem offenen Zerwürfnis Ankaras mit Israel und breit dargebrachten arabischen Sympathiekundgebungen für die Türkei, was einen wesentlichen Einfluss auf deren künftige Rolle in der Region haben könnte.

Nach einer turbulenten und schwierigen Phase zu Beginn dieses Jahrhunderts, gekennzeichnet von erheblichen wirtschaftlichen Problemen, innenpolitischen Spannungen im Zuge des Machtwechsels zur gemäßigten islamisch-demokratischen AKP und außenpolitischen Irritationen mit den USA, der ein militärischer Einmarsch in den Irak über türkisches Territorium verweigert wurde, scheint die Türkei immer besser in Tritt zu kommen. Die Diskussionen über eine mögliche EU-Mitgliedschaft rücken dabei in gewisser Hinsicht in den Hintergrund, wenngleich dieses „Staatsziel“ unverändert als Impulsgeber für umfassende Reformen von größter Bedeutung ist.

Der Sturz des irakischen Herrschers Saddam Hussein 2003 mit folgender starker US-Präsenz in der Region, das Dominanzstreben des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad, die de facto-Niederlage Israels gegen die libanesische Hizbollah, die Spaltung der Palästinenser sowie der gescheiterte Rückeroberungsversuch des georgischen Präsidenten Saakashvili in Südossetien samt russischer Gegenoffensive haben nach der Jahrtausendwende zu gravierenden Veränderungen in der türkischen Nachbarschaft geführt. Die Türkei kann dabei – trotz des ungelösten Kurdenproblems – in gewisser Weise als „ruhender Pol“ gesehen werden.

Das außenpolitische Konzept der Türkei, das auch wichtige sicherheitspolitische Orientierungen enthält, mutiert in diesem Zusammenhang zu einem Indikator türkischer Stärke und eines neuen türkischen

Selbstverständnisses. Eine modifizierte Problemsicht (insbesondere auf nachbarschaftliche Beziehungen), wie der Autor die neue Herangehensweise und das selbstbewusste Auftreten bezeichnet, stellt dabei die Grundlage für das offenkundig veränderte Verhalten der Türkei dar. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die neue außenpolitische Doktrin als Vorgabe taugen und den komplexen realpolitischen Herausforderungen standhalten kann. Aus sicherheitspolitischer Perspektive wird von gehobenem Interesse sein, in welchem Umfang und in welcher Intensität sich die Türkei bei der Lösung der zahlreichen Konflikte in seiner unmittelbaren Nachbarschaft und weiteren Umgebung engagieren wird. Für die EU, aber auch Staaten wie Österreich, kann sie dabei zu einem wertvollen Partner werden. Starkes Dominanzstreben hingegen könnte auch zu Spannungen und Konflikten und sogar zu einer gewissen Entfremdung vom Westen führen.

Eine Anmerkung zum Autor: Botschafter a.D. Dr. Marius Calligaris war lange Zeit in der Türkei und den angrenzenden Regionen im diplomatischen Dienst tätig. Er verfügt daher neben den fachlichen Kenntnissen auch über das erforderliche Empfindungsvermögen, um Veränderungen einschätzen und interpretieren zu können. Dr. Calligaris ist seit 2010 als assoziierter Forscher am IFK tätig.

Das Erscheinen dieses Bandes gibt auch wieder einmal Gelegenheit, den Akteuren im Hintergrund für die prompte Erledigung zu danken. Allen voran Herrn Christian M. Huber vom IFK, der neben dem Layout auch maßgeblich für die Drucklegung verantwortlich zeichnet. Der haus-eigene Druck im Reprintzentrum Wien erfolgte in bewährter Manier durch Herrn Vizeleutnant Johann Jakob und Herrn Gerhard Still.

Der Leiter IFK

Walter Feichtinger

Executive Summary

- Neben der traditionellen Orientierung an den USA und der EU sind als neue Hauptkomponenten eine stärkere Beachtung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und ein größeres regionales Engagement getreten.
- Dem Architekten der neuen Linie, Außenminister Davutoglu (Buch „Strategische Tiefe“) zufolge soll die türkische Außenpolitik auf folgenden Leitlinien beruhen: Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, Null-Problem-Politik gegenüber Staaten in der Nachbarschaft und Entwicklung positiver Beziehungen zu diesen, proaktive und nicht re-aktive Außenpolitik und stärkeres Engagement in internationalen Organisationen.
- Die Türkei ist gleichzeitig ein europäisches, nahöstliches und kaukasisches Land und kann somit Aktivitäten in alle Richtungen setzen. Sie ist außerdem ein Staat mit sowohl westlich-demokratischer, als auch islamischer Identität. Letztere ist ein Anknüpfungspunkt für die Verbesserung der Beziehungen zur muslimischen Welt.
- Die Neuorientierung erfolgt auf Basis der seit dem Regierungsantritt der AKP 2002 veränderten innenpolitischen Verhältnisse. Verbunden damit ist eine Redimensionierung der Rolle der Armee.
- Die modifizierte Problemsicht hat eine Abwendung von der sicherheitsfixierten Geopolitik und die Orientierung an pragmatischer Nachbarschaftspolitik zur Folge. Dies bewirkte auch eine Abwendung von der kemalistischen Isolierungstendenz.
- Verfolgt wird eine dynamische und multidimensionale Außenpolitik, der Hard Security-Approach wird durch eine Soft Security-Politik ergänzt. Die Türkei ist bestrebt, sich als Regionalmacht zu verankern um dadurch zum Global Player zu werden. Die internationale Wahrnehmung der Türkei ist gestiegen.

- Die Vorstellung, dass die Türkei von Feinden umgeben sei, wurde durch eine aktive Nachbarschaftspolitik ersetzt. Das früher problematische Verhältnis zu fast allen Nachbarn hat sich zu nunmehr guten Beziehungen zu diesen gewandelt. Ausnahmen bilden Armenien und Zypern.
- Der Nahe Osten wird als prioritäre geopolitische Realität gesehen. Ein aktives Engagement in der Region dient als Mittel zur Stärkung der eigenen Sicherheit. Die Türkei ist bestrebt, in Konflikten zu vermitteln. Durch Ausbalancierung der früher stark auf Israel ausgerichteten Politik hat das Gewicht der Türkei in der Region zugenommen.
- Zu Syrien ist eine starke Verbesserung der Beziehungen eingetreten, vor allem auf dem Wirtschaftssektor.
- Nach dem Irak-Krieg 2003 war die Türkei an der Mitgestaltung und Stabilisierung des Landes interessiert. Prioritäten sind die territoriale Integrität des Irak, die Verhinderung eines Kurdenstaates und die Ausschaltung der PKK. Nach anfänglicher Skepsis haben sich die Beziehungen zu der kurdischen Regionalregierung positiv entwickelt.
- In den Beziehungen zum Iran ist eine klare Verbesserung feststellbar, insbesondere auf dem Energiesektor. In der Nuklearfrage ist die Türkei um Beilegung des Konfliktes des Irans mit den 5 ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland (5+1) bemüht. Sanktionen gegen den Iran werden türkischerseits abgelehnt.
- Die Beziehungen zu Israel sind abgekühlt. Die strategische Partnerschaft mit diesem ist angesichts guter Beziehungen zu den Nachbarn von verringerter Bedeutung. Die harte Kritik am Vorgehen Israels in den Palästinensergebieten trägt zu den Differenzen bei.
- Die Georgienkrise 2008 hat die Wichtigkeit des Südkaukasus für die Türkei neu aktualisiert. Der Vorschlag der Schaffung einer Kaukasus-Plattform für Stabilität und Kooperation ist bisher nicht effektiv geworden.

- Im jahrelang gespannten Verhältnis zu Armenien ist Bewegung eingetreten. 2009 unterzeichnete Protokolle zwecks Aufnahme von Beziehungen und Grenzöffnung wurden bisher nicht ratifiziert. Die Türkei fordert den vorherigen armenischen Abzug aus besetzten aserbaidischen Gebieten.
- Zu Aserbaidschan und Georgien unterhält die Türkei gute Beziehungen. Trotz türkischer Zusicherungen, vor einer Normalisierung mit Armenien auf dem Abzug dessen Truppen (s. o.) zu bestehen, ist derzeit auf das Verhältnis Ankara – Baku ein gewisser Schatten gefallen.
- Eine rasche Intensivierung ist in den Beziehungen zu Russland feststellbar, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Russland ist der wichtigste Energielieferant, was ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis schafft. Auf dem Pipelinesektor gibt es Zusammenarbeit, aber auch eine gewisse Rivalität.
- Die Türkei ist bestrebt, sich als Energiedrehscheibe sowohl in Ost-West-, als auch in Nord-Süd-Richtung zu profilieren. Hierbei herrscht eine gewisse Interessensparallelität mit der EU und den USA.
- Die Besorgnis, dass sich die Türkei durch ihre modifizierte Außenpolitik von der pro-westlichen Linie abwendet, ist bisher unbegründet. Die verstärkte Hinwendung zu den Nachbarregionen entspricht den geopolitischen und regionalen Realitäten des Landes. Die Ausrichtung nach Westen ist aber nicht mehr allein dominierendes Element, zu erwarten ist eine eigenständigere Außenpolitik. Regionale Interessen werden fallweise zur Abweichung von der transatlantischen Linie führen. Die verbesserten Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarregionen bieten Chancen für eine Kooperation, einschließlich bei Peace Keeping und Konfliktmanagement.

1. Strategische Tiefe – neue außenpolitische Doktrin

In der türkischen Außenpolitik hat sich in den letzten Jahren, d.h. nach der Regierungsübernahme durch die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (Adalet ve Kalkinma Partisi, AKP) 2002, eine spürbare Modifikation vollzogen. Neben der traditionellen Orientierung an die USA und die EU (inklusive der Beitrittsambitionen) sind als neue Hauptkomponente eine stärkere Beachtung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und ein größeres regionales Engagement getreten.

Architekt dieser Politik ist Ahmet Davutoglu, ein Politologe und Universitätsprofessor, der zwischen 2002 und 2009 Außenpolitischer Berater von Ministerpräsident Erdogan war und am 1. Mai 2009 zum Außenminister bestellt wurde. Er hat sein außenpolitisches Konzept in dem bereits im Jahr 2001 erschienenen Buch „Strategische Tiefe“ (Stratejik Derinlik) niedergelegt. Davutoglus Ansatz zufolge wird der Stellenwert einer Nation durch ihre geostrategische Lage und ihre Geschichte sowie auch durch ihre Kultur und Zivilisation bestimmt. Die Türkei sei demnach sowohl ein europäischer, als auch ein nahöstlicher, kaukasischer, Schwarzmeer- und Mittelmeerstaat. Der Türkei ist es also möglich, zum selben Zeitpunkt in verschiedenen Regionen tätig zu sein, gleichzeitig müsse sie aber darauf achten, in jeder dieser Regionen zufrieden stellende Beziehungen zu entwickeln. Dabei befürwortet Davutoglu auch eine gewisse Bezugnahme der Türkei auf ihre ottomanische Vergangenheit. Die Besinnung auf historische und kulturelle Wurzeln in der Nachbarschaft verändere die geographischen Perzeptionen und ermögliche neue Initiativen für ein dortiges Engagement.¹ Hiezu wäre zu bemerken, dass Davutoglus Ideen nicht völlig neu sind. Schon I. Cem, Außenminister von 1997 bis 2002, wollte die Türkei zu einem „Scharnierland“ machen und forderte hiebei den stärkeren Einsatz kultureller Faktoren und der multiplen Identität der Türkei in der Außenpolitik.

Davutoglu lehnt das frühere West-Ost-Denken und die starre Orientierung der Türkei nach Westen ab. Das Land dürfe sich nicht zwischen Ost und West entscheiden müssen. Während des Kalten Krieges sei die Türkei Frontstaat und „Flügelstürmer“ gewesen, jetzt müsse sie zum Brückenstaat und „Mittelstürmer“ werden. Strategische Tiefe bedeute ferner Äquidistanz zum Westen sowie auch zu anderen Regionen.

Durch ihre geographische Lage und den gleichzeitig islamischen und westlich- demokratischen Charakter, so Davutoglu, sei die Türkei besonders geeignet, eine Vermittlerrolle in Nachbarregionen, insbesondere im Nahen Osten, zu übernehmen. Die muslimische Identität sei Anknüpfungspunkt für eine Verbesserung der Beziehungen zur islamischen Welt. Für diese sei die Türkei ein Beispiel einer erfolgreichen Verbindung von Fortschritt, Demokratie und Tradition.

Strategische Tiefe bedeutet für Davutoglu, durch mehrfache Allianzen in verschiedenen Regionen Gleichgewicht zu bewahren und die Abhängigkeit von anderen Akteuren zu vermeiden. Für eine Rolle als Regionalmacht seien gute Beziehungen zu allen Nachbarn notwendig. Dies entspreche auch den türkischen Sicherheitsinteressen. Die Türkei solle ihre eigene Sicherheit und Stabilität durch eine aktivere und konstruktivere Rolle garantieren, um Ordnung und Stabilität auch in ihrer Umgebung zu schaffen² und könne in diesem Zusammenhang Zentrum regionaler Sub-Systeme und somit zu einem globalen Player werden.

Für Davutoglu verschafft eine multiple regionale Identität die Fähigkeit, in verschiedenen Richtungen gleichzeitig zu agieren und so dort Einfluss zu gewinnen. Ende 2009 sprach Davutoglu von einer „360-Grad-Außenpolitik“. Auch müsse die türkische Außenpolitik nicht re-aktiv, sondern pro-aktiv und visions- und nicht krisenorientiert sein.

Der Außenminister tritt für eine aktive Friedenspolitik in Nachbarregionen ein, da Krisen dort auch die Türkei betreffen, wie etwa im Irak oder hinsichtlich des Verhältnisses Syrien-Israel. Die regionale

Orientierung sei komplementär zu einer globalen und keine Alternative zur bisherigen Ausrichtung an die USA und EU.

Prof. Davutoglu zufolge soll die türkische Außenpolitik auf fünf Prinzipien beruhen:

- a) Balance zwischen Sicherheit und Freiheit bzw. Demokratie: wenn dieses Gleichgewicht nicht gegeben ist, kann ein Land keine Einflusszonen in der Nachbarschaft schaffen. Demokratische Freiheiten dürfen nicht im Interesse der Sicherheit eingeschränkt werden.
- b) Null-Problem-Politik gegenüber den Nachbarstaaten und Beilegung innerer Konflikte.
- c) Entwicklung positiver Beziehungen zu den Nachbarregionen Naher Osten, Kaukasus, Schwarzmeerraum, Zentralasien und darüber hinaus.
- d) Multidimensionale Politik: Interaktion mit anderen *Global Playern* muss komplementär sein und nicht im Konkurrenzverhältnis stehen.
- e) „Rhythmische“ Diplomatie: diplomatische Aktivitäten und Engagement in internationalen Organisationen: hierdurch soll die Türkei ebenfalls zum *Global Player* werden.

2. Innenpolitische Grundlagen – Änderungen in der politischen Landschaft

Der Wahlsieg der AKP Erdogans war über weite Strecken von einer sich im Laufe der Jahre herausgebildeten neuen anatolischen Mittelschicht getragen, welche stärker als die Bevölkerung der Städte im Westen der Türkei am Islam orientiert ist. Der Regierungsantritt der AKP hatte bedeutende Änderungen in der politischen Landschaft zur Folge, welche zur Herausbildung neuer politischer Eliten (AKP-Funktionäre und -Anhänger, neue Schicht von Intellektuellen) und Denkungsweisen, sowie zu einem Machtkampf mit dem bisherigen Establishment (Kemalisten, Militär) führten.

Die veränderten innenpolitischen Verhältnisse mündeten in eine Neuorientierung. Der vor allem im Zusammenhang mit dem angestrebten EU-Beitritt des Landes von der früheren Regierung begonnene, jedoch nunmehr beschleunigte Reformprozess führte auch zu geänderten außenpolitischen Doktrinen.³ Die seit dem Regierungsantritt der AKP modifizierte Außenpolitik ist Resultat dieser Restrukturierung und der inneren Reformen sowie der verbesserten politischen und wirtschaftlichen Stabilität. Sie hat überdies der in den arabischen Nahost-Staaten herrschenden Perzeption der Türkei als eines Staates mit einer kleinen säkularen Elite und machtlosen islamischen Massen ein Ende gesetzt.

Im Zuge der Reformpakete zwecks Erfüllung der Kopenhagener Kriterien für einen EU-Beitritt kam es auch zu einer Redimensionierung der innen- und außenpolitischen Rolle der Armee und es ist der AKP gelungen, deren Macht zu verringern und die demokratische Kontrolle über den Militärapparat zu stärken. So wurde die Rolle des Nationalen Sicherheitsrates, welcher früher innere und äußere Bedrohungen definiert und damit de facto die Richtlinien der Außenpolitik festgelegt hatte, auf eine beratende reduziert und der Posten des Generalsekretärs des Gremiums, den früher immer ein hoher Militär eingenommen hatte, mit einem Zivilisten besetzt. Ausdruck des geschwundenen Einflusses der Armee ist die in der neuen außenpolitischen Linie feststellbare

„Desecuritization“: Gewisse Dinge werden nicht länger in dieser durch das Militär bestimmten Sicherheits-Agenda behandelt, sondern im Rahmen des normalen politischen Geschehens. Das „Security First“-Dogma, welches Grundlage der privilegierten Position der Armee, eines hohen Verteidigungsbudgets und der teilweisen Einschränkung demokratischer Freiheiten war, wurde durch einen neuen Ansatz abgelöst. Früher dramatische bzw. dramatisierte Themen werden jetzt mit größerer Rationalität diskutiert.⁴

Der Ausdruck eines geänderten, weniger durch rein militärisch determinierte Sicherheitsaspekte bestimmten Herangehens an gewisse Themen zeigt sich auch in der Kurdenproblematik (ein näheres Eingehen auf diese würde über den Rahmen dieser Ausführungen hinausgehen). Diese Frage wurde seitens früherer Regierungen rein unter dem Aspekt des Terrorismus und der Gefährdung der Gesamtstaatlichkeit gesehen. Die jetzige türkische Regierung hat aber erkannt, dass eine Null-Problem-Politik (siehe Abschnitt Strategische Tiefe) ohne Lösung dieses Problems sowohl im Inneren, als auch im Verhältnis zum Irak, insbesondere dem Nord-Irak und den dort lebenden Kurden nicht möglich ist. Die Verbesserung der Beziehungen zu letzteren (siehe im Abschnitt Irak) wäre nicht möglich gewesen, wenn die Regierung nicht auf ihre eigene kurdische Bevölkerung zugegangen wäre.⁵ Ministerpräsident Erdogan gab 2005 als erster türkischer Regierungschef zu, dass der Staat Fehler in der Kurdenpolitik gemacht habe. Seine Betonung des Rechtes der Kurden auf eine eigene Identität und Kultur stellte einen Wendepunkt dar, da eine derartige Erwähnung früher als Gefahr für die Integrität des Staates angesehen worden war. Der neue Approach ist in gewisser Weise eine Reflektion des außenpolitischen Aktivismus und entspricht Davutoglu zufolge dem Prinzip Atatürks „Friede zu Hause, Friede in der Welt“.

Modifizierte Problemsicht – frühere Schwarz-Weiß-Schemata abgelöst

Verbunden mit den innerpolitischen Modifizierungen zeigt sich in der türkischen Außenpolitik auch eine modifizierte Problemsicht. Die Veränderungen in der außenpolitischen Linie sind Ausdruck eines gestiegenen Selbstvertrauens angesichts einer stabilen Regierung und einer in den letzten Jahren (relativ) guten Wirtschaftsentwicklung. Frühere Schwarz-Weiß-Schemata wurden abgelöst. Die Türkei versteht sich nicht länger als eine Barriere gegen den Kommunismus und sieht sich nicht länger nur durch „die westliche Brille“, sondern hat sich den Problemen in und den Bedrohungen aus der Nachbarschaft zugewandt, nicht zuletzt um ihre geopolitische Bedeutung herauszustreichen. Verbunden mit der Schwächung der westlichen sind eine Stärkung der regionalen Dimension sowie eine Abwendung von einer sicherheitsfixierten Geopolitik und eine Orientierung an einer pragmatischen Nachbarschaftspolitik. Die Ergänzung des traditionellen Dreieckes Türkei-USA-EU durch eine stärkere regionale Komponente wird von der Regierung als dem veränderten internationalen Umfeld angepasst angesehen, in dem sich die türkische Außenpolitik bewegt.

Die Politik der „strategischen Tiefe“ bedeutet eine Abweichung von der kemalistischen Isolierungstendenz und der Neigung, äußere Sicherheit stark als internes Problem zu sehen. Die Null-Problem-Politik hat die Vorstellung abgelöst, dass die Türkei nur von Feinden umgeben sei, gegen die man sich verteidigen müsse (allerdings kann man auch heute noch in nationalistischen Kreisen die Ansicht, ja Obsession hören, dass manche Kräfte in Westeuropa, aber auch anderswo, auf eine Zerschlagung der territorialen Integrität und sogar Teilung der Türkei abzielen). So wurden in der Vergangenheit immer wieder „äußere Feinde“ als Gründe für innerpolitische Probleme herangezogen.

3. Umsetzung der neuen außenpolitischen Linie – dynamischer und multidimensionalerer Ansatz

Davutoglus Leitlinien haben eine dynamische und multidimensionale Komponente in die türkische Außenpolitik gebracht. Die letzten Jahre haben eine starke Zunahme der außenpolitischen Aktivitäten, insbesondere im Hinblick auf den Nahen Osten, den Südkaukasus und den Schwarzmeerraum gezeigt. Hierbei hat sich ein Wandel von einer stark auf die Sicherheit und den militärischen Aspekt konzentrierten Außenpolitik zu einem multipleren Ansatz vollzogen. Der früher stark betonte Hard Security-Approach wurde durch eine umfassendere Außenpolitik ersetzt, welche auch Maßnahmen der Soft Security einsetzt. Die Türkei hat die Möglichkeit erkannt, welche eine solche Vorgangsweise und regionales Engagement bieten, um das Gewicht auf der internationalen Bühne zu erhöhen. Regionale Passivität wurde durch aktive Außenpolitik ersetzt. Die Türkei sucht hierdurch, sich politisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich als Regionalmacht zu verankern und von einem Junior Partner zu einem führenden Faktor mit einer unabhängigen Rolle zu werden.

Die im Rahmen der „strategischen Tiefe“ verankerte Realpolitik orientiert sich an pragmatischen Kriterien (Ministerpräsident Erdogan hat erklärt, dass die „strategische Tiefe“ zu einer „pragmatischen Tiefe“ ausgebaut werden müsse). Davutoglu zufolge soll die Türkei ferner nicht länger ein Land sein, das auf Krisen reagiert, sondern sie müsse diese möglichst vor deren Ausbruch erkennen bzw. in der Folge intervenieren. Im Sinne einer Präsenz vor Ort reiste z.B. Erdogan unmittelbar nach Beginn des georgisch-russischen Krieges 2008 nach Tbilisi, Baku und Moskau. Während des Gaza-Krieges im Dezember 2008/Jänner 2009 besuchte der Ministerpräsident Syrien, Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien. Davutoglu traf sich in Damaskus mit der Exil-Führung der Hamas, um mit dieser über die Bedingungen für einen Waffenstillstand zu sprechen.

Nach den Vorstellungen des Außenministers sollen ferner die Wirtschaftsorganisationen, die Zivilgesellschaft und Think Tanks zur Unterstützung in die Außenpolitik einbezogen werden – ganz zum Unterschied zu früher, als diesen Kreisen kaum Stellenwert bei der Mitgestaltung der Politik eingeräumt wurde.

Ministerpräsident Erdogan formulierte am 3. Februar 2010 vor der internationalen strategischen Forschungsgesellschaft USAK die Grundlinien der Außenpolitik wie folgt:

- großes Außenpolitisches Potential angesichts des islamischen und westlichen Charakters der Türkei,
- Außenpolitik nicht mehr statisch, sondern breit gefächert und aktiv,
- heutige Welt anders als zur Zeit des Kalten Krieges,
- Ausnützung der Rolle als Mitglied des UN-Sicherheitsrates und der Tatsache, dass die Türkei den Generalsekretär der OIC (Organization of the Islamic Conferences) stellt,
- frühere Theorie, dass die Türkei von Feinden umgeben sei, unangebracht und in der Vergangenheit kontraproduktiv,
- diplomatische Aktivitäten müssen parallel mit innenpolitischen Reformen voranschreiten.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass schon Turgut Özal (Ministerpräsident 1983-1989, Staatspräsident 1989-1993) versucht hatte, die enge Allianz mit den USA und Westeuropa mit einer größeren Rolle der Türkei im Nahen Osten, im Südkaukasus und in Zentralasien zu verbinden und das Land dadurch zu einem regionalen Leader zu machen. Die jungen zentralasiatischen Staaten sollten zu einer Einflusszone Ankaras und die Türkei zu einem Modell für diese werden. Im Oktober 1992 veranstaltete Özal in Ankara ein Gipfeltreffen der Staaten mit türkischstämmiger Bevölkerung. Ferner kam es zur Gründung der Türkischen Agentur für internationale Zusammenarbeit TIKA, durch welche die Kooperation verstärkt werden sollte, sowie zur Einrichtung direkter Flugverbindungen. Dies entsprach dem politischen Wunsch nach Mitgestaltung der Region und nach Unterstützung bei der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft. Auch wollte man türkischerseits verhindern, dass das nach dem Zerfall der Sowjetunion

entstandene Machtvakuum zu einem Sicherheitsproblem für das Land werde. Letztlich fehlten der Türkei aber die Kapazitäten für eine Führungsrolle in Zentralasien und sie erwies sich sowohl wirtschaftlich als auch die Human Resources betreffend als zu schwach, um entscheidende Wachstumsimpulse geben zu können. Es blieb somit in der Folge bei der hauptsächlichen Orientierung der jungen Republiken nach Moskau, nicht zuletzt auch auf Grund der nach Russland ausgerichteten Verkehrsverbindungen. Außerdem wollten die zentralasiatischen Staaten offenbar auch nicht in ein zu starkes Abhängigkeitsverhältnis von nur einem Land geraten und suchten ihre Kontakte nach Westen direkt und nicht über Vermittlung der Türkei.

Die „rhythmische Außenpolitik“ zeigt sich auch darin, dass – wie in Davutoglus Thesen postuliert – den internationalen Organisationen nunmehr größerer Stellenwert zukommt. Die Türkei ist für die Periode 2009/2010 nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates und stellt den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Ein stärkeres Engagement in der früher eher vernachlässigten OIC führte bereits 2004 zur (erstmalig demokratischen) Wahl von Prof. Ihsanoglu zum Generalsekretär der Organisation (das Land hatte 2004/2005 turnusmäßig auch die OIC-Präsidentschaft inne). Die Türkei erlangte in den letzten Jahren Beobachterstatus in der Arabischen Liga, der Afrikanischen Union, der Organisation Amerikanischer Staaten, der Association of Caribbean States (ACS) und schloss 2008 ein Kooperationsabkommen mit dem Golf-Kooperationsrat.

Die unter der AKP-Regierung erfolgte Wiederentdeckung der von den kemalistischen Regierungen jahrzehntelang vernachlässigten regionalen Dimension der Außenpolitik wird von manchen Kommentatoren mit einem kritischen Unterton als „Neo-Ottomanismus“ bezeichnet, da die meisten Nachbarstaaten der Türkei, denen sich das Land wieder zuwendet, Teile des Osmanischen Reiches waren. Der Ausdruck ist nicht zutreffend, da die neue Politik nicht auf das Wiederaufleben eines türkischen Imperialismus in den benachbarten Regionen abzielt. Ebenfalls nicht anwendbar ist dieser Terminus auf das – verbesserte – Verhältnis zu Russland, war doch das Zarenreich Erzfeind der osmanischen Türkei.

Insgesamt ist die modifizierte türkische Außenpolitik ein Produkt der (späten) Reaktion auf das nach Ende des Kalten Krieges veränderte internationale Umfeld, der Identität sowie der Agenda der AKP-Regierung und einer damit verbundenen Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung.

Eine unbestreitbare Konsequenz der neuen Linie ist, dass die öffentliche Wahrnehmung der Türkei als regionaler Akteur mit prinzipiell positiven Zielen deutlich gesteigert werden konnte.⁶ Insgesamt sollten jedoch die Möglichkeiten des Landes, eine führende Rolle zu spielen und bedeutende Initiativen zu setzen, nicht überschätzt werden. Dies zeigt das obgenannte Beispiel Zentralasien und die wohl geringen Erfolgchancen der von Ankara lancierten Kaukasus-Plattform für Stabilität und Kooperation (siehe hierzu im Abschnitt Südkaukasus). Und es stellt sich die Frage ob das Konzept einer Außenpolitik mit guten Beziehungen zu EU, USA, Russland, Iran, Syrien, Irak, Israel und den südkaukasischen Staaten in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden und inwieweit es der Türkei nachhaltig die Position eines Global Players verschaffen kann.

Nachbarschaftspolitik – von Entspannung geprägt

Aus Davutoglus Thesen leitet sich die Doktrin ab, dass die Türkei nur dann die angestrebte wichtige Rolle in der Region spielen kann, wenn sie mit allen Nachbarstaaten möglichst gute Beziehungen unterhält.

Ibrahim Kalin, der Nachfolger Davutoglus als außenpolitischer Berater von Ministerpräsident Erdogan, formulierte die Grundzüge der Nachbarschaftspolitik wie folgt: man werde sie gegenüber allen Akteuren engagieren, die Ergebnisse demokratischer Wahlen respektieren, sich um den Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen mit Ländern der Region bemühen, sowie mit diesen in regionalen und internationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga zusammenarbeiten.⁷

Die neue Linie hat die Politik von Feindbildern bzw. die Vorstellung einer ständigen regionalen Bedrohung abgelöst und ist zu einem positiven Zugehen auf die Nachbarn übergegangen, welche die gemeinsamen Interessen betont und durch konstruktive Kooperation der Stabilität und dem Frieden dienen soll. Der türkische Politologe H. Bagci sprach anlässlich eines Workshops in Wien in einem historischen Vergleich mit Deutschland von einer Art „türkischen Ostpolitik“. Davutoglu sagte auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Bestellung zum Außenminister, dass die Null-Problem-Politik zur „maximalen Kooperation“ weiterentwickelt werden müsse. Die neue Linie sucht Probleme mit den Nachbarn zu vermeiden oder wenigstens zu minimieren sowie zu verhindern, dass die Türkei in internationale Konfrontationen hineingezogen wird.

Auf wirtschaftlichem Gebiet strebt, Davutoglu zufolge, die Türkei Interdependenz mit ihrem Nachbarn bzw. zwischen den Staaten der Nachbarregionen an. Diese gegenseitige Verschränkung sei der beste Weg, Krisen zu vermeiden.⁸ Der Außenminister meinte auf eine Frage, ob sich die Türkei mit ihrer Nachbarschaftspolitik vom Westen abende, das Prinzip „Friede durch Interdependenz“ müsste gerade in Europa auf Verständnis stoßen, lag dieser Gedanke doch den Römischen Verträgen zu Grunde.⁹

Das Interesse der Türkei an einem guten Verhältnis zu den Nachbarstaaten zielt auch darauf ab, die Abhängigkeit von den USA auf dem Sicherheitssektor zu verringern. Die Annäherung ist jedoch nicht zuletzt auch wirtschaftlich begründet: Auf Grund der internationalen Finanzkrise sind die türkischen Ausfuhren nach Westeuropa und in die USA zurückgegangen. Das Exportland Türkei sucht nun nach alternativen Märkten für seine Produkte. Soner Capatay vom Washington Institute for Near East Policy (WINEP) bezeichnet diese wirtschaftliche Motivation zusammen mit der Hinwendung zu den islamischen Wurzeln als „econo-mo-islamism“ und nicht zuletzt dürften auch die Kopenhagener EU-Kriterien als Motivation für die neue Politik eine Rolle spielen, die von einem Kandidatenland die Bereinigung seiner Beziehungen zu den Nachbarn verlangen.

Fest steht, dass die Türkei noch vor einigen Jahren ein problematisches Verhältnis zu praktisch allen Nachbarn hatte, jedoch nunmehr mit diesen gute Beziehungen unterhält (Ausnahmen: Zypern sowie – zumindest bisher – Armenien: siehe hierzu im Abschnitt Südkaukasus). Die neue Politik hat der jahrzehntelangen Anomalie, den Nachbarn im Nahen Osten und im Südkaukasus den Rücken zuzukehren, ein Ende gesetzt. A. Sarikaya, ein Berater Erdogans erklärte, die Türkei habe sich quasi mit ihrer geographischen Nachbarschaft versöhnt.

Der Journalist C. Ülsever sieht allerdings ein gewisses Problem der Vereinbarkeit einer ideologischen mit einer realistischen Außenpolitik. So entspräche etwa die Öffnung der Grenze zu Armenien dem ideologischen Konzept der angestrebten Null-Problem-Politik. Die Beziehungen zu Aserbaidschan haben eine realistische Komponente auf Grund der türkischen Energiebedürfnisse, und sie würden im Falle der Grenzöffnung zu Armenien gegen den aserbaidischen Widerstand Schaden nehmen (siehe zu beiden Fragen im Abschnitt Südkaukasus). Man könne demnach Null-Probleme zu den Nachbarn A und B haben, diejenigen zwischen den Nachbarn A und B entzögen sich jedoch der Kontrolle und könnten die Beziehungen mit diesen negativ beeinflussen.¹⁰ Es wäre festzuhalten, dass die Null-Problem-Politik bisher insgesamt erfolgreich war, sie jedoch auch zu Interessenskollisionen führen kann (siehe hierzu im Abschnitt Aserbaidschan).

Die Entwicklung der Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn im Nahen Osten sowie Israel, im Südkaukasus und zu Russland werden im Einzelnen in den Abschnitten 4, 5 und 6 behandelt.

4. Naher Osten – ist wieder ins Zentrum gerückt

Der Nahe Osten war lange Zeit von den kemalistischen Regierungen als außerhalb des strategischen Interessenraumes erachtet worden. Ein starkes Engagement in der Region wurde vermieden. Die Türkei identifizierte sich mit dem Westen, was ein eher negatives Image in den Staaten der Region (Ausnahme Israel) zur Folge hatte.

Die Rückbesinnung auf die osmanische Tradition und die Vorstellung, auch eine aus der Geschichte resultierende moralische „Verpflichtung“ zu haben, hat unter der AKP-Regierung quasi eine Rückkehr der Türkei in den Nahen Osten gebracht und dieser ist für Ankara wieder zu einer prioritären geopolitischen Realität geworden. Die Hinwendung zum Nahen Osten ist auch Resultat der seit dem Regierungsantritt der AKP deutlich gestiegenen Rolle des Islam in der türkischen Politik. Die muslimische Identität ist gleichsam Angelpunkt für den Ausbau der Beziehungen zu den islamischen Nachbarn. Kritiker sprechen von einer „Vernahöstlichung“ der Außenpolitik, bedingt durch die ideologische Plattform der AKP-Regierung.

Die Türkei hat die Bedeutung des Nahost-Raumes für ihre eigene Sicherheit wiederentdeckt und sieht diese durch Phänomene wie die Instabilität im Irak, das ungelöste Palästinenserproblem oder eine mögliche Nuklearbewaffnung des Iran beeinträchtigt. Das aktive Engagement soll Stabilität in die Region bringen und dadurch die Stärkung und den Schutz der eigenen Sicherheit bewirken. Die Hinwendung zum Nahen Osten hatte aus der Sicht Ankaras auch den Zweck, das Vakuum zu füllen, das in der Region nach der anfangs dort zum Chaos führenden US-Invasion im Irak und der daraus resultierenden gestiegenen Unpopularität der USA (und des Westens überhaupt) teilweise entstanden war. Die Türkei hielt sich auf Grund ihrer islamischen und westlich-demokratischen Identität dazu in der Lage.

Das Engagement im Nahen Osten entspricht auch der öffentlichen Meinung im Lande im Sinne einer islamischen Orientierung weiter

Kreise der Bevölkerung. Die AKP mit ihren entsprechenden Wurzeln und einer mehrheitlich konservativ-religiösen Wählerschaft muss hiebei z.B. auf deren Empfindlichkeit betreffend die Notlage der Palästinenser Rücksicht nehmen. So sind die heftigen Reaktionen von Ministerpräsident Erdogan auf die israelische Militäraktion im Gaza-Streifen Ende 2008/Beginn 2009 zu erklären (siehe unten), welche im Hinblick auf die Kommunalwahlen in der Türkei im März 2009 jedoch wohl auch innenpolitisch motiviert gewesen sein dürften. Die Instrumentalisierung der zunehmend antiisraelischen Stimmung in der türkischen Bevölkerung zum Zwecke der eigenen Popularität ist allerdings ein Element, das eine für die Regierung unerwünschte Eigendynamik annehmen könnte.

Eine Priorität der neuen türkischen Nahost-Politik ist der Ausbau der Beziehungen zu den Nachbarn in der Region (siehe hiezu im Einzelnen in den jeweiligen Länderabschnitten)

Zweiter Schwerpunkt der Türkei in der Region ist das Bemühen, vermittelnd tätig zu sein. Das Land unterhält gute Kontakte zu allen Seiten des Raumes und sieht sich daher geeignet, diese Aufgabe zu übernehmen. Angestrebt wird die Rolle eines quasi Katalysators, welcher die maßgeblichen Akteure zusammenbringt, etwa durch die Erleichterung von Kontakten zwischen den USA und dem Iran, der (erfolglosen) Vermittlung zwischen Fatah und Hamas oder als Akteur bei der Stabilisierung des Irak (nicht zuletzt angesichts der nach 2003 gewachsenen Möglichkeit der Entstehung eines von Ankara abgelehnten Kurdenstaates).

In diesem Sinne fanden über türkische Vermittlung 2008 indirekte Gespräche zwischen Syrien und Israel statt (ein derartiges Tätigwerden der Türkei war schon Ende der 90er-Jahre im Raum gestanden). Nach den verbalen Angriffen Erdogans gegen Israel im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg erklärte dieses, nicht mehr an der Vermittlung interessiert zu sein. Erdogan und Außenminister Davutoglu (bei seinem Besuch in Damaskus) äußerten Anfang März 2009 jedoch ihr Interesse, sich wieder aktiv im Verhältnis Syrien-Israel einzuschalten (siehe hiezu auch in den Abschnitten Syrien bzw. Israel). Auch Präsident Gül

unterstrich anlässlich eines Besuches des syrischen Präsidenten Assad im Mai 2010 nochmals diese Bereitschaft.

Als weiteres Beispiel der türkischen Bestrebungen sei angeführt, dass in Entsprechung der Doktrin, alle Parteien eines Problems sollten in die Suche nach dessen Lösung mit einbezogen werden, die Türkei nach dem Sieg der Hamas bei den Wahlen in den Palästinensergebieten den Führer des militärischen Flügels Khalid Mashal im Februar 2006 nach Ankara einlud. Bisher hatte die Türkei Kontakte mit derartigen Organisationen abgelehnt, um nicht die eigene Position im Kampf gegen die PKK zu untergraben. Harte Kritik an dem Besuch, insbesondere seitens Israels und den USA, wurde im türkischen Außenministerium mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass demokratisch abgehaltene Wahlen respektiert werden sollten und Sanktionen gegen die neue Führung im Gazastreifen die Palästinenserverwaltung schwächen würden.¹¹ Die Reaktionen auf die Kontakte Ankaras mit der Hamas (welche allerdings bisher auch keine sichtbare Änderung der radikalen Haltung der Organisation bewirkten) haben die Grenzen der Türkei aufgezeigt, eine Rolle in den Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern zu spielen. Außerdem gefährden einseitige Positionsbezüge Erdogans gegen Israel, wie der Vorwurf des Staatsterrors und der Eklat in Davos (siehe Abschnitt Israel) das türkische Selbstverständnis als ehrlicher Makler und Inhaber einer nach allen Seiten äquidistanten Position.

Insgesamt hat das stärkere Engagement der Türkei zu einer Zunahme ihres Gewichtes im Nahen Osten geführt (wozu auch die 2006 beschlossene Bereitstellung von Truppen für UNIFIL II beitrug). Die Ausbalancierung der früher einseitig stark auf Israel ausgerichteten Politik entspricht den geographischen Realitäten und hat Ankara stärkeren Einfluss gebracht bzw. sogar zu einem Major Player werden lassen. Die Meinungsdivergenzen mit den USA betreffend die Irak-Invasion 2003 haben Position und Prestige des Landes in den arabischen Staaten erhöht, ebenso wie die Kritik Ankaras am Vorgehen Israels gegen die Palästinenser. Hierzu kommt, dass es der Türkei als einem der wenigen Länder des Nahen Ostens gelungen ist, sich dem Motto von Präsident George W. Bush „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ zu entziehen. Hierdurch wurde das Vertrauen im arabischen Lager gestärkt

und so dem Vorwurf jener entgegengewirkt, die Türkei sei im Nahen Osten lediglich ein verlängerter Arm Washingtons. Die neue Politik der letzten Jahre hat in der arabischen Welt das Interesse an intensivierten Beziehungen mit der Türkei steigen und diese zu einem attraktiven Partner werden lassen. So hat etwa bei einem Gipfel der Arabischen Liga in Libyen im April 2010 deren Generalsekretär Amr Musa ein Forum für Kooperation und Konfliktregelung zwischen der Liga und der Türkei (sowie auch dem Iran) vorgeschlagen. Interessant für manche arabische Staaten ist die Türkei auch als Modell für die Vereinbarkeit von modernem Islam und Demokratie sowie wegen ihrer engen Beziehungen zum Westen. So sehen Syrien und der Iran ferner in den Kontakten zu Ankara die Chance, ihre eigene Isolation zu verringern (siehe unten).

Profitabel für die Türkei ist das stärkere Engagement auch auf dem Wirtschaftssektor. Der Wert der türkischen Exporte in den Nahen Osten hat zwischen 2000 und 2008 eine Steigerung von 2,57 Mrd. auf US-Dollar 25,41 Mrd. erfahren. Stark zugenommen haben auch die türkischen Investitionen in dem Raum.

Außenminister Davutoglu fasste seine Idealvorstellungen für den Nahen Osten in vier Prinzipien zusammen, durch welche quasi eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten entstehen würde:

- a) Sicherheit auf allen Seiten, nicht nur für einzelne Staaten oder Gruppen;
- b) Dialog als prioritäres Mittel der Krisenbewältigung;
- c) wirtschaftliche Interdependenz: Stabilität in der Region kann nicht in einem Umfeld isolierter Volkswirtschaften erzielt werden;
- d) kulturelle Koexistenz und Pluralität: für Davutoglu besonders wichtig betreffend die Zukunft des Irak, keine Seite würde von dessen Desintegration profitieren.

Und bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2010 erhob der türkische Außenminister außerdem die visionäre Forderung nach einem ständigen politischen Dialog in der Region nach Vorbild der EU, in dessen Rahmen die Anerkennung der Grenzen und Sicherheitsgarantien

fixiert werden sollten. Der Nahe Osten müsse so zu einem Mehrwert für die internationale Staatengemeinschaft werden.

Syrien – Kooperation statt Konfrontation

Das türkisch-syrische Verhältnis war in der Vergangenheit durch starken Antagonismus geprägt, hat aber in den letzten zwölf Jahren eine deutliche Veränderung erfahren.

Zur Zeit des Kalten Krieges waren die Beziehungen durch das West-Ost-Schema determiniert. Beide Staaten befanden sich in gegenüberstehenden Lagern. In den 70er-Jahren begann die Wasserfrage ein dominierendes Element in den Beziehungen zu werden. Die Türkei beanspruchte im Zusammenhang mit mehreren Staudammprojekten quasi die „Souveränität“ über die Wasser des Euphrat und des Tigris. Syrien bot als Retorsionsmaßnahme der PKK sowie auch anderen gegen die Türkei gerichteten Organisationen, wie der ASALA (Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia) und der radikalen türkischen Linkspartei Dev Yol Unterstützung und ließ den PKK-Führer Öcalan von Damaskus aus tätig werden. Ein Besuch von Präsident Özal, bei welchem ein Protokoll über die Teilung der Wasser des Euphrat und das Durchlassen von 500 m³ pro Sekunde unterzeichnet wurde, brachte nur vorübergehende Entspannung. Die Eröffnung des Atatürk-Dammes 1992 und der Abschluss eines Abkommens über Militärkooperation zwischen der Türkei und Israel 1996, welches seitens Syriens als Bedrohung empfunden wurde, führten zu einer weiteren Verschärfung. 1996 kündigte die Türkei Syrien an, auf Grund von Öcalans Präsenz jedwede Maßnahmen ergreifen zu wollen. Im Oktober 1998 zog die Türkei Truppen an der syrischen Grenze zusammen, drohte mit einer Militäraktion um Öcalan habhaft zu werden, und die beiden Staaten standen am Rande eines Krieges. Mehrere Länder forderten beide Parteien zur Mäßigung auf. Die EU, vertreten durch die damalige österreichische Präsidentschaft, unternahm entsprechende Demarchen in Ankara und Damaskus. Syrien lenkte ein, verwies Öcalan des Landes, und das Adana-Abkommen vom Oktober 1998 brachte einen Wendepunkt in den Beziehungen. Die früher problematische Agenda

wich einer an praktischer Kooperation orientierten Linie und es kam zu einer positiven Entwicklung des Verhältnisses. Die Trainingscamps der PKK wurden geschlossen und ein Joint Security Committee eingerichtet. Das Wasservolumen für Syrien wurde daraufhin auf 900 m³ pro Sekunde erhöht.

Die Teilnahme des türkischen Staatspräsidenten Sezer am Begräbnis von Hafiz Al-Assad im Juni 2002 in Damaskus hatte mehr als nur symbolische Bedeutung. Der Präsidentenwechsel in Syrien brachte auch ein teilweises Umdenken in der außenpolitischen Linie des Landes. Im Juni 2002 wurde ein Abkommen über gemeinsames militärisches Training abgeschlossen. Im Jänner 2004 besuchte Präsident Bashar Al-Assad Ankara – es handelte sich um den ersten Besuch eines syrischen Staatshaupts in der Türkei überhaupt. Beim Besuch von Ministerpräsident Erdogan in Damaskus im Dezember 2004 wurde ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Weitere Reisen Assads in die Türkei erfolgten im Oktober 2007 und September 2009, wobei bei letzterem Anlass die Einsetzung eines Kooperationsrates auf Ministerebene beschlossen wurde, welcher in der Folge in Aleppo und in Gaziantep (Türkei) zusammentrat. Eine weitere Sitzung fand im Dezember 2009 in Damaskus anlässlich eines Besuches von Erdogan statt. Bei letzterer Gelegenheit wurde auch Einigung über die Aufhebung des gegenseitigen Visazwanges erzielt. Als Antwort auf den an Ankara gerichteten EU-Einwand, dass dies nicht mit dem Schengener Abkommen vereinbar sei, erwiderte der türkische EU-Minister Bagis, ein Beitritt zu Schengen stehe nicht bevor. Wenn es soweit sei, werde man sich entscheiden.¹² 2009 sowie im April 2010 hielten die Streitkräfte beider Staaten gemeinsame Manöver ab, was negative Reaktionen in Israel auslöste. Präsident Assad hielt sich im Mai 2010 neuerlich in Istanbul auf.

Hinsichtlich des Irak teilen beide Staaten seit 2003 das gemeinsame Interesse an der Erhaltung der territorialen Integrität und – in Anbetracht der entsprechenden Minderheiten im eigenen Land – an der Verhinderung eines eigenen Kurdenstaates im Norden. Syrien befürwortet die Vermittlerrolle der Türkei im Konflikt mit Israel und erhofft sich von diesen indirekten Gesprächen auch den Erwerb von Sympathien in den USA und der EU. Tatsächlich fanden im Jahr 2008 acht Gesprächs-

runden statt (siehe oben bzw. im nachstehenden Abschnitt betreffend Israel). Nach der Ermordung von Ministerpräsident Hariri im Libanon 2005 dürfte die Türkei wesentlich dazu beigetragen haben, dass Damaskus sich bereit erklärte, bei der Aufklärung mitzuarbeiten und in der Folge auch Verdächtige an den eingesetzten UN-Staatsanwalt übergab. Just zu dem Zeitpunkt, da seitens der USA damals wegen des Mordes Druck auf Syrien ausgeübt wurde, besuchte Präsident Sezer – gleichsam als Demonstration der türkischen Unabhängigkeit – Damaskus.

Die positive Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren ist vom politischen Willen zur Zusammenarbeit geprägt. Der bilaterale Handel erfuhr eine Erhöhung von 200 Mio. (2000) auf 800 Mio. US-Dollar (2006) und dürfte 2009 ca. 2 Mrd. betragen haben. Die türkischen Investitionen in Syrien belaufen sich auf ca. 400 Mio. US-Dollar.

De facto kein Problem mehr zwischen den beiden Staaten stellte die territoriale Frage dar. Syrien hat zwar die Zugehörigkeit der Provinz Hatay (der 1939 von der französischen Protektoratsverwaltung an die Türkei abgetretene ehemalige Sandschak von Alexandrette) nicht formell anerkannt, doch wird die territoriale Integrität der Türkei seitens Damaskus nicht mehr in Frage gestellt.

Insgesamt sieht Syrien als Staat mit wenig Verbündeten die Türkei als wichtigen Partner, um aus seiner relativen Isolation herauszukommen und als strategische Brücke für bessere Kontakte mit dem Westen. Fortdauernde positive bilaterale Beziehungen werden jedoch eine nachhaltige Lösung der noch immer zu Differenzen führenden Wasserfrage voraussetzen.

Irak – ein wichtiger Nachbar

Das Verhältnis zwischen der Türkei und dem Irak war in den letzten Jahren zahlreichen Schwankungen unterworfen.

Während des Saddam-Hussein-Regimes unterhielt die Türkei gute Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak. Die bevorstehende Militäraktion 2003 stellte die Türkei vor ein Dilemma, da der Allianzpartner USA die Beteiligung an der Anti-Saddam-Koalition forderte. Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung (islamischer Nachbar Irak) lehnte die AKP-Regierung eine solche ab. In der Folge wurde auch der Durchmarsch von US-Truppen durch die Türkei zwecks der Eröffnung einer zweiten Front gegen das Saddam-Regime im Nord-Irak entgegen einer Empfehlung der Regierung am 1. März 2003 seitens des Parlamentes abgelehnt. Dies löste eine deutliche Spannung im Verhältnis zu den USA aus. Logistische Hilfe in Form der Gestattung der Benützung des türkischen Luftraumes wurde allerdings gewährt.

Nach der Invasion und während des nachfolgenden Chaos im Irak richteten sich die Befürchtungen Ankaras vor allem darauf, dass die Kurden im Nord-Irak einen eigenen Staat ausrufen könnten. 2004 nahm die PKK ihre Terrortätigkeit wieder auf.

Das Verhältnis der Türkei zur Regierung Al-Maliki war anfangs schwierig, mit der Zeit setzte sich in Bagdad aber die Erkenntnis durch, dass die Türkei einen Beitrag für die Stabilität des Irak, einschließlich im Bereich des Wirtschaftssektors leisten könne. Die Türkei war ihrerseits ebenfalls an der Stabilisierung des Nachbarlandes und an einer starken Regierung in Bagdad, welche die Kontrolle über das ganze Land ausübt, interessiert. Hierbei war man bestrebt, eine größere Rolle bei der Mitgestaltung der inneren Situation im Irak zu spielen und fand in der Präsenz einer turkmenischen Minderheit im Nord-Irak aus ethnischen Gründen quasi eine Rechtfertigung für ein Engagement nicht nur zugunsten dieser, sondern auch hinsichtlich der Verhältnisse im gesamten Nachbarland. Die Beziehungen Ankara-Bagdad besserten sich in der Folge. Im August 2007 reiste Ministerpräsident Al-Maliki nach Ankara und stufte bei dieser Gelegenheit erstmals die PKK als

Terrororganisation ein. Man hatte von Seiten des Iraks offenbar erkannt, dass die PKK-Frage das Verhältnis zur Türkei negativ beeinflussen kann. Im September 2007 wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung geschlossen. Im Dezember 2007 kam es zu einem Luftschlag der Türkei gegen PKK-Stellungen im Nord-Irak, im Februar 2008 folgte eine begrenzte Bodenoperation (die irakische Regierung schwieg zu dem türkischen Vorgehen – offensichtlich um die Beziehungen nicht zu gefährden).

Im März 2008 stattete Präsident Talabani Ankara einen offiziellen Besuch ab (wo er sich als Führer der Patriotic Union of Kurdistan (PUK) bereits vorher mehrfach aufgehalten hatte). Ministerpräsident Erdogan reiste im Juli 2008, als erster türkischer Regierungschef seit 18 Jahren, sowie später auch im Oktober 2009 in den Irak, wobei zahlreiche bilaterale Abkommen unterzeichnet wurden. Ein strategischer Kooperationsrat auf Ministerebene nahm im September 2009 seine Tätigkeit auf und soll 2-3 Mal jährlich zusammentreten. Der bilaterale Handel betrug im Jahr 2008 8 Mrd. US-Dollar und soll bis 2012 auf ca. 20 Mrd. gesteigert werden. Im Herbst 2009 wurden zudem türkische Konsulate in Basra und Mossul eröffnet. Eine Ölpipeline von Kirkuk nach Ceyhan, welche seit Beginn der 90er-Jahre wiederholt unterbrochen war, transportiert seit Anfang 2009 wieder irakisches Erdöl durch relativ sicheres Gebiet. Sie soll 2010 eine Kapazität von 100 000 Fass täglich erreichen. Daneben bestehen Pläne für eine parallel zur Ölleitung Kirkuk-Ceyhan laufende Pipeline, welche irakisches Gas in das türkische Netz einspeisen soll (was auch dem Nabucco-Projekt zugute kommen könnte – siehe hierzu im Abschnitt Energiepolitik). Im Herbst 2009 wurde ferner die seit 1980 unterbrochene Bahnverbindung zwischen dem Nord-Irak und der Türkei (über syrisches Gebiet) wieder aufgenommen.

Im Sinne einer strikten Ablehnung einer kurdischen Autonomie vermied die Türkei anfangs Kontakte zur kurdischen Regionalregierung im Nord-Irak (KRG), um dieser nicht Legitimität zu verleihen. Sie stand damit im Gegensatz zur US-Politik, welche von Anfang an für eine starke kurdische Verwaltung eintrat. Ankara modifizierte in der Folge jedoch seine Haltung und akzeptierte das föderale System im Irak, unter

Beibehaltung der Totalopposition gegen eine Teilung des Landes. Es kam zu sich intensivierenden Kontakten, die im Oktober 2009 zu einem Besuch von Außenminister Davutoglu in Erbil führten, wobei auch die Eröffnung eines türkischen Konsulates dort angekündigt wurde. Der Genannte hat im April 2010 den „Präsidenten“ der KRG, M. Barzani zu einem Besuch der Türkei eingeladen, was angenommen wurde. Ein Datum steht noch nicht fest. Ankara hat erkannt, dass eine Eliminierung der PKK – ein Hauptanliegen der Türkei im Irak – ohne Mithilfe der kurdischen Regionalregierung nicht möglich ist. Für diese ist auf der anderen Seite die Türkei ein wichtiger Wirtschaftspartner und quasi ein Tor zum Westen. Es besteht ein starkes türkisches Engagement, insbesondere auf dem Bau- und Kommunikationssektor. 80% der ausländischen Investitionen sowie ein ebenso großer Prozentsatz der im Nord-Irak verkauften Waren kommen aus der Türkei. 70% der seitens der Region vergebenen Aufträge gehen an türkische Firmen. Abgelehnt von der Türkei wird allerdings der von der KRG geforderte Anschluss der erdölreichen Region Kirkuk an das kurdische Autonomiegebiet, da dies die wirtschaftliche Basis für eine (etwaige) Unabhängigkeitserklärung bieten würde. Die Türkei tritt für eine feste Kontrolle der irakischen Zentralregierung über die Ölreserven ein.

Generell sind für die Türkei die roten Linien im Irak dessen territoriale Integrität (eine Aufsplitterung würde nach Ansicht Ankaras die Stabilität der ganzen Region gefährden), die Verhinderung eines – von der KRG allerdings nicht offen geforderten – Kurdenstaates und in diesem Zusammenhang die obgenannte Frage Kirkuk. Für den Irak bietet die Türkei zwischen der derzeit noch fortdauernden US-Besetzung und dem iranischen Einfluss gleichsam eine interessante Alternative.

Iran – historische und wirtschaftliche Verbundenheit

Auch im Verhältnis zum Iran ist in den letzten Jahren eine deutliche Verbesserung und Intensivierung feststellbar.

Nach der Revolution im Iran 1979 vertraten die beiden Staaten diametral entgegengesetzte Ideologien: die Türkei als säkularer Staat und Ver-

bündeter Washingtons, der Iran als theokratisch und revolutionär ausgerichtetes Land sowie in Gegnerschaft zu den USA. Seitens der Türkei sah man die iranischen Bestrebungen des Exportes der islamischen Revolution und den Versuch der Unterminierung des Säkularismus als existentielle Bedrohung für diesen an. Ein weiteres schweres Problem waren die türkischen Anschuldigungen an Teheran, die PKK zu unterstützen und gegen die Türkei gerichtete Aktionen von iranischem Territorium aus zu gestatten. Das Verhältnis der beiden Staaten war von Zyklen diplomatischer Krisen, einschließlich der Einberufung von Botschaftern, und Perioden pragmatischer Beziehungen gekennzeichnet. Anzumerken wäre hiebei, dass der islamitisch ausgerichtete Ministerpräsident Erbakan 1996 seinen ersten Auslandsbesuch im Iran abstatte.

Nach Amtsantritt der AKP-Regierung und begünstigt durch die relativ gemäßigte Linie des damaligen Präsidenten Khatami entkrampfte sich das Verhältnis. Bisherige Klischees betreffend den Iran wurden abgelöst, und man begann in Ankara diesen nicht länger primär als Bedrohung von außen zu sehen. Die Feststellung gegenseitiger Interessen trat in den Vordergrund. Im Juli 2004 besuchte Ministerpräsident Erdogan Teheran, wobei eine Reihe wirtschaftlicher Abkommen sowie auch ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Sicherheitssektor zur Bekämpfung der PKK und der gegen die Regierung in Teheran kämpfende PJAK (Partei für ein freies Kurdistan) abgeschlossen wurden. Zu diesem Punkt wäre allerdings festzuhalten, dass für den Iran (mit circa 5 Millionen Kurden) die Kurdenfrage grundsätzlich weniger Priorität besitzt, als für die Türkei.

Weitere Besuche Erdogans folgten 2006 (Unterzeichnung eines Abkommens betreffend Kooperation auf dem Energiesektor) und 2009 (Abschluss einer Reihe weiterer bilateraler Verträge). Präsident Ahmedinejad reiste seinerseits im August 2008 nach Istanbul, was seinen ersten Besuch in einem EU-Kandidatenland und einem NATO-Mitgliedstaat darstellte. Der bilaterale Handel hat sich von 1,2 Mrd. US-Dollar 2002 auf 7 Mrd. 2008 erhöht und soll bis 2011 20 Mrd. US-Dollar erreichen. Im Energiebereich ist der Iran für die Türkei mit 17% der Bezüge der zweitwichtigste Lieferant (nach der Russischen

Föderation). Dies stellt zwar ein Unterlaufen des von den USA verabschiedeten Iran Sanctions Act dar, doch vertritt man in Ankara den Standpunkt, dass Energieabkommen mit Teheran nicht von der Zustimmung anderer Staaten (sprich den USA) abhängig sein dürften. Eine Krise in den Energiebeziehungen wegen der Unterbrechung iranischer Gaslieferungen im Jänner 2007 konnte bereinigt werden. Im selben Jahr wurde außerdem ein Abkommen über die Modernisierung der Stromleitungen zwischen den beiden Staaten geschlossen.

In der Nuklearfrage befürwortet die Türkei das Recht des Iran auf friedliche Nutzung, lehnt jedoch dessen atomare Bewaffnung ab, da diese als Gefahr für die regionale Stabilität und betreffend eine etwaige Proliferation angesehen wird. Ministerpräsident Erdogan hat allerdings in einem BBC-Interview im März 2010 erklärt, er glaube an die lediglich friedlichen Atomambitionen des Iran. Der türkische Regierungschef hat zudem wiederholt, zuletzt bei seinem Besuch in Paris im April 2010, kritisiert, dass in dieser Frage hinsichtlich des Irans und Israels mit zweierlei Maß gemessen werde. Seitens der Türkei hat man an die Regierung in Teheran wiederholt den Aufruf zur Kooperation mit der IAEA gerichtet, um den Beweis der nur friedlichen Nutzungsabsichten zu erbringen. Die Türkei sucht in den Differenzen zwischen dem Iran und den 5 plus 1 zu vermitteln und sieht sich als guten Kanal, dem Iran die westlichen Vorstellungen näherzubringen und gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. So hat die Regierung in Ankara in einer Shuttle Diplomatie zwischen Teheran, Washington und der IAEA versucht, einen Kompromiss zu erreichen, sowie ihr Territorium für den Austausch von gering angereichertem iranischen Uran zwecks weiterer Anreicherung in Russland und Rücksendung an den Iran angeboten, sollte dies von allen Parteien gewünscht werden. Außenminister Davutoglu reiste in diesem Zusammenhang innerhalb eines Jahres sieben Mal nach Teheran und unterhielt zahlreiche persönliche und telefonische Kontakte mit Außenminister Mottaki und anderen iranischen Vertretern. Die aktive Rolle der Türkei zeigte auch die Tatsache, dass im Mai 2010 die EU-Außenbeauftragte Ashton den türkischen Außenminister um Vermittlung eines Gespräches mit dem iranischen Atombeauftragten Jalili ersuchte. Den türkischen Bemühungen, den Iran zu einer Modifizierung seiner Haltung zu bewegen, war im Mai 2010 insofern

ein gewisser Erfolg beschieden, als der Iran bei einer gemeinsamen Mission von Ministerpräsident Erdogan und des brasilianischen Präsidenten da Silva in Teheran dem Uranaustausch in der Türkei zustimmte. Trotz kritischer bis negativer Reaktion der 5-plus-1-Staaten und der Tatsache, dass die Krise damit kaum entschärft wurde, kann dies doch als gewisses Positivum für die türkische Außenpolitik gewertet werden.

UN-Sanktionen gegen den Iran werden in Ankara grundsätzlich nicht befürwortet (Ministerpräsident Erdogan hat dies im April 2010 in Washington erneut gegenüber Präsident Obama bekräftigt) und würden nach türkischer Ansicht auch keinen Effekt erzielen, nur der Dialog könne zum Erfolg führen. Außenminister Davutoglu erläuterte im April 2010 in einer Pressekonferenz in Washington die 4 Hauptgründe warum Ankara gegen die Verhängung von Strafmaßnahmen sei:¹³

- a) Der Iran sei der zweitwichtigste Erdgaslieferant, und die Türkei könne sich eine Unterbrechung dieser Beziehungen nicht leisten.
- b) Die Bevölkerung der Türkei und des Iran hätten eine historische und kulturelle Verbundenheit, und Sanktionen würden das iranische Volk treffen.
- c) Der Iran sei ein wichtiger regionaler Player, und seine Mitarbeit bei Lösung von Konflikten, wie im Irak oder Afghanistan sei notwendig.
- d) Die Türkei habe durch die US-Strafmaßnahmen gegen den Irak nach 1990 schweren Schaden erlitten, insbesondere in der wenig entwickelten Südost-Region, und diese Instabilität hätte die PKK begünstigt.

Sanktionen brächten für die Türkei zudem das Dilemma zwischen dem eigenen Interesse an guten Beziehungen zu Teheran und der Loyalität gegenüber dem Bündnispartner USA. Die Verabschiedung von Strafmaßnahmen wäre außerdem für das Land als derzeitiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates unangenehm (und würde darüber hinaus erheblichen Schaden für die türkische Wirtschaft bedeuten). Jedenfalls zu vermeiden sucht man in Ankara eine eventuelle Militäraktion der USA (oder auch Israels) gegen den Iran wegen der weitreichenden

Konsequenzen für die regionale Stabilität. Die Türkei hat klar gemacht, dass ihr Territorium und ihr Luftraum hierfür nicht zur Verfügung stehen.

Insgesamt ist die Türkei bestrebt, ein Gleichgewicht zwischen einer gewissen Rücksichtnahme auf die Iranpolitik der USA und guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum stärksten und bevölkerungsreichsten Nachbarn im Nahen Osten zu halten. Der Iran seinerseits sieht das intensive Verhältnis zur Türkei als Mittel zur Durchbrechung seiner (relativen) Isolation sowie der wirtschaftlichen Sanktionen (siehe oben).

Israel – getrübe Beziehungen

Zum Unterschied zur Intensivierung der Kontakte zwischen der Türkei und ihren islamischen Nahost-Nachbarn bzw. parallel mit dieser brachte der AKP-Regierungsantritt eher eine gewisse Entfremdung im Verhältnis Ankaras zu Israel. Prioritär für die Türkei wurde angesichts der Betonung der islamischen Identität der Ausbau der Beziehungen zu den muslimischen Nachbarn. Allerdings betont man türkischerseits immer wieder das Interesse an guten Kontakten zu Israel, lehnt Gewalt gegen dieses ab und bekennt sich unverändert voll zu dessen Recht auf gesicherte Existenz.

Mit Aufnahme der Beziehungen 1949 war die Türkei das erste islamische Land, welches den Staat Israel anerkannte. Das Verhältnis blieb jedoch bis zu Beginn der 90er-Jahre auf bescheidenem Niveau. Erst 1991 kam es zur Anhebung der diplomatischen Beziehungen auf Botschafterebene. Die laufenden Kontakte waren allerdings seit Beginn ein Modell dafür, wie ein Land mit überwiegend islamischer Bevölkerung rationale und kooperative Beziehungen mit Israel haben kann.

Im Februar 1996 wurde das Verhältnis durch ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit entscheidend intensiviert und zur strategischen Allianz. Motivation dafür – und unterstützt von den USA – war die gemeinsame Gegnerschaft zu Syrien, dem Irak und dem Iran.

Das Übereinkommen bedeutete Vorteile für beide Seiten: die Türkei erhielt Zugang zu israelischer Militärtechnologie (und hoffte auf diesem Wege auch an von Washington teilweise verweigerte US-Militärtechnik heranzukommen – was sich nicht erfüllte). Der israelischen Luftwaffe wurden von einer Basis in Konya aus Trainingsmöglichkeiten im weiten anatolischen Luftraum eingeräumt. Außerdem erhielten israelische Firmen lukrative türkische Rüstungsaufträge.

Im Zuge der verbesserten Beziehungen zu Syrien stellte dieses für die Türkei nicht länger eine Bedrohung dar, womit die Allianz mit Israel teilweise ihre Bedeutung verlor. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, dass diese vor allem durch das türkische Militär getragen wurde, dessen Rolle in der Außenpolitik stark gesunken ist (siehe hierzu im Abschnitt Innenpolitische Grundlagen). Während der letzten Jahre bis Ende 2008/Anfang 2009 verlief das türkisch-israelische Verhältnis insgesamt in Wellenbewegungen: gegenseitigen Besuchen auf hoher Ebene stand immer wieder harte Kritik von Ministerpräsident Erdogan an Israel gegenüber. Ein von türkischer Seite wiederholt zum Ausdruck gebrachtes oder zumindest angedeutetes Interesse an einer Vermittlerrolle zwischen Israel und den Palästinensern wurde von ersterem abgelehnt. Hingegen übernahm Ankara eine derartige Funktion im Verhältnis Israel – Syrien. Am 21. Mai 2009 kündigten die Türkei, Israel und Syrien gleichzeitig die Aufnahme von indirekten Gesprächen an. Bis Anfang 2009 fanden acht derartige Verhandlungsrunden statt.

Der Gaza-Krieg Ende 2008/Anfang 2009 brachte eine Zäsur im türkisch-israelischen Verhältnis und möglicherweise eine nachhaltige Beeinträchtigung desselben. Erdogan verurteilte die israelische Invasion in Gaza mit deutlichen Worten („Staatsterror gegen die Palästinenser“) und verließ in der Folge beispielsweise das Weltwirtschaftsforum in Davos nach einem Zusammenstoß mit Präsident Peres im Eklat (die nähere Schilderung von Details würde über die vorliegenden Ausführungen hinausgehen). Hierbei darf die innerpolitische Komponente nicht übersehen werden: ca. 90% der islamischen Bevölkerung befürwortet eine derartige Haltung gegenüber Israel. Die Türkei sagte danach die angesetzten Luftwaffenmanöver Anatolian Eagle mit israelischer (und US-)Beteiligung kurzfristig ab. Israel erklärte seinerseits, an der türkischen

Vermittlung im Verhältnis zu Syrien nicht mehr interessiert zu sein (hingegen hat Präsident Peres den russischen Präsidenten Medwedew im Mai 2010 um Vermittlung im Konflikt mit Syrien gebeten). Die demütigende Behandlung des türkischen Botschafters im israelischen Außenministerium im Jänner 2010 goss zusätzlich Öl ins Feuer, ein unmittelbar darauf folgender Besuch von Verteidigungsminister Barak konnte den Konflikt offenbar nur oberflächlich entschärfen. Hievon zeugt eine Äußerung von Ministerpräsident Erdogan im April 2010 in Paris, wonach Israel eine „Hauptgefahr für den Frieden“ darstelle und die israelische Siedlungspolitik in den Palästinensergebieten inakzeptabel sei. Andererseits verglich der israelische Außenminister Liebermann quasi im Gegenzug in einem Interview den türkischen Regierungschef mit Muammar Al-Ghadafi. Im April 2010 stießen gemeinsame türkisch-syrische Militärmanöver auf eine negative Reaktion Israels (siehe hiezu im Abschnitt Syrien).

An dieser Stelle wäre allerdings festzuhalten, dass die Trübung des Verhältnisses Türkei-Israel schon vor dem Amtsantritt der AKP-Regierung etwas 2000 mit dem Beginn der zweiten Intifada eingesetzt hatte. Türkischerseits wurde das israelische Vorgehen in den besetzten Gebieten wiederholt kritisiert. So bezeichnete der damalige Ministerpräsident Ecevit eine israelische Militäraktion in Jenin 2002 als „Genozid“.

Der veränderte Charakter des Verhältnisses zwischen der Türkei und Israel zeigt sich auch in Folgendem: ursprünglich war dieses von den oben erwähnten sicherheitspolitischen Kriterien dominiert. In den letzten Jahren sind – nicht zuletzt angesichts des zurückgegangenen Einflusses des Militärs und der „Desecuritization“ der Außenpolitik (siehe hiezu im Abschnitt Innenpolitische Grundlagen) – die Kontakte auf den Gebieten Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technologie sowie Tourismus stärker in den Vordergrund getreten und heute bedeutender als die militärische Zusammenarbeit (wobei israelische Rüstungsfirmen nach der klaren Verschlechterung der Beziehungen seit Anfang 2009 Jane's Defence Weekly zufolge Lieferungen in die Türkei wegen der islamistischen Tendenz der Regierung teilweise skeptisch gegenüber stehen).

Wichtig für die Türkei ist Israel weiterhin wegen dessen Einflusses bzw. desjenigen der Jewish Lobby im US-Kongress (z.B. in der Armenienfrage). Insgesamt scheinen aber gute bilaterale Beziehungen derzeit für Israel von größerer Bedeutung zu sein als für die Türkei. Eine Reihe von Beobachtern rechnet allerdings damit, dass das türkisch-israelische Verhältnis derzeit nachhaltig gestört ist und in näherer Zukunft nicht wieder das Niveau von früher erreichen wird.

5. Südkaukasus – Bedeutung wieder in den Blickpunkt gerückt

Für die Türkei ist der Südkaukasus ein Gebiet von großer politischer, strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Während des Kalten Krieges gab es jedoch kaum Beziehungen zu diesem Raum. Seit der Unabhängigkeit der drei südkaukasischen Staaten 1991 war die türkische Politik auf Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität derselben gerichtet, nicht zuletzt als Gegengewicht gegen den Einfluss Russlands in der Region.

Entsprechend den Ambitionen Ankaras, ein für den Westen wichtiger Energie-Hub zu werden, ist der Südkaukasus für die Türkei ein unerlässlicher Transitkorridor für Öl- und Gaslieferungen aus der Kaspischen Region nach Westeuropa und zudem eine geographische Verbindung Richtung Zentralasien (siehe hierzu den Abschnitt Energiepolitik). Im Sinne von Stabilität in der Region, welche auch der eigenen Sicherheit förderlich ist, unternahm die Türkei auch – allerdings wenig sichtbare – Bemühungen um Lösung der territorialen Konflikte betreffend Abchasien und Südossetien, konnte jedoch nicht zu einer Regelung beitragen. Erfolge in diesem Bereich hätten für die Türkei wohl einen beträchtlichen Prestigeerfolg bedeutet.

Der Krieg zwischen Georgien und Russland im August 2008 hat für die Türkei die Wichtigkeit des Südkaukasus erneut aktualisiert und deutlich gemacht, wie instabil und unsicher die Region ist. Außerdem sieht man sich in einer Zone überlappender Nachbarschaft mit Russland einem wiedererwachten Anspruch Moskaus gegenüber, den Südkaukasus als Gebiet „privilegierten Interesses“ mit dem Anspruch auf die Rolle als Ordnungsmacht konfrontiert. Noch während des Georgienkrieges und als Reaktion auf diesen schlug Ministerpräsident Erdogan die Erstellung einer Kaukasus-Plattform für Stabilität und Kooperation vor (die USA waren im Übrigen von dieser Initiative nicht vorher informiert). In dieser sollen die Türkei, Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan vertreten sein. Ein derartiger Vorschlag ist nicht neu: schon Präsident

Demirel hatte im Jahr 2000 einen Kaukasus-Stabilitätspakt vorgeschlagen, welcher zum Unterschied zu der nunmehrigen Initiative Erdogans allenfalls auch den Iran sowie die EU, die USA und die OSZE einschließen sollte. Das Vorhaben scheiterte jedoch an den Vorbehalten Russlands.

Ziel der Plattform soll es sein, als Dialogforum Spannungen zu überwinden, regionalen Frieden und Stabilität zu stärken, Konflikte zu verhüten, die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten zu verbessern und die Energietransportrouten zu sichern. Präsident Gül erklärte: „Wenn Stabilität und Sicherheit in der Region herrschen, Probleme gelöst werden und ein sicheres Umfeld geschaffen ist, wird dies wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand für die Völker der Region bringen.“¹⁴ Die Reaktionen der betroffenen Staaten waren grundsätzlich zurückhaltend (Georgien, Aserbaidtschan) bis positiv (Russland, Armenien), wobei die klarste Zustimmung aus Jerewan kam, das in der Plattform eine Chance erkannte, seine Isolation zu durchbrechen (siehe hierzu im Abschnitt Armenien). In der Folge fand am Rande des OSZE-Gipfels im Dezember 2008 ein Treffen auf Ebene von Vize-Außenministern statt, danach gab es weitere derartige Begegnungen, allerdings ohne konkrete Ergebnisse.

Es war jedoch von Anfang an zu erkennen, dass der Erfolg der ehrgeizigen türkischen Initiative sehr fraglich sein würde. Zu groß sind die bilateralen Probleme zwischen den einzelnen Plattform-Mitgliedern, wie etwa im Verhältnis Georgien-Russland, Armenien-Aserbaidtschan oder Türkei-Armenien. Zudem sind die Türkei und Russland im Südkaukasus eher Konkurrenten um politischen Einfluss als Partner, und auch für die drei südkaukasischen Staaten würde die Plattform vermutlich vor allem als Forum für die Vertretung der eigenen Interessen angesehen werden. Die positive Reaktion Russlands dürfte einerseits durch das Bestreben begründet gewesen sein, nach der Invasion Georgiens seine konstruktive Haltung unter Beweis stellen zu wollen, andererseits sah man in Moskau in der Plattform offenbar die Möglichkeit, die dominierende Rolle im Südkaukasus zu stärken und diese historische Einflusszone besser zu kontrollieren. Bezeichnenderweise stand in der Folge das Plattform-Projekt kaum mehr

auf der politischen Agenda, es ist jedoch ein gutes Beispiel für die auf Stärkung der eigenen Rolle in der Region abzielende türkische Außenpolitik.

Armenien – Bewegung in den Beziehungen, aber noch kein Durchbruch

In das jahrelang gespannte Verhältnis zwischen der Türkei und Armenien ist seit 2008 Bewegung geraten, ein endgültiger Durchbruch zu einer Normalisierung wurde jedoch noch nicht erzielt.

Die Türkei hat am 16. Dezember 1991 Armenien nach dessen Staatsgründung anerkannt, angesichts des a priori beeinträchtigten Verhältnisses erfolgte jedoch keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Die obgenannte Belastung ist historisch begründet. Einerseits fordert Armenien (und insbesondere die Diaspora) von der Türkei, das Umkommen vieler Armenier durch Tötung oder im Zuge der Deportation 1915 als „Genozid“ anzuerkennen, und verfolgt diesbezüglich eine internationale Kampagne. Andererseits enthält die armenische Unabhängigkeitserklärung einen Artikel, in welchem von „Westarmenien“ die Rede ist. Dabei handelt es sich um Gebiete, welche 1921 im Vertrag von Kars zwischen der Türkei und der (damals allerdings formell noch nicht existierenden) Sowjetunion über den Verlauf der Grenze seitens letzterer an die Türkei abgetreten wurden. In Ankara sieht man im Terminus „Westarmenien“ Territorialforderungen Armeniens an die Türkei.

Im Zusammenhang mit der Besetzung von Nagornij-Karabach und umliegender aserbaidchanischen Territorien schloss die Türkei 1993 gleichsam in einer Solidaritätsgeste mit Baku die Grenze zu Armenien.

Armenien forderte in der Folge immer wieder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Grenzöffnung. Die Türkei stellte hierfür drei Bedingungen:

- a) die Einstellung der „Genozid“-Kampagne seitens Armeniens,
- b) die ausdrückliche Anerkennung des Grenzverlaufes und den Verzicht auf territoriale Ansprüche,
- c) den Abzug der armenischen Truppen aus Nagornij-Karabach und den umliegenden besetzten Gebieten.

Diese Voraussetzungen wurden seitens Jerewans abgelehnt, wo man den Standpunkt vertrat, erst sollten Beziehungen aufgenommen und die Grenze geöffnet werden, dann könne man die offenen Probleme erörtern. Der mangelnde Fortschritt und die daraus resultierende Isolation Armeniens (keine Beziehungen zu zwei – Türkei, Aserbaidschan – seiner vier Nachbarn) ist einer der Gründe für das enge Verhältnis Jerewans zu Moskau.

Den armenischen und internationalen Forderungen, auch von EU-Seite, nach Öffnung der Grenze trat die Türkei stets mit dem Argument entgegen, dass diese de facto ohnedies nicht geschlossen sei: Tatsächlich leben ca. 100.000 Armenier (meist illegal) in der Türkei und es gab im Laufe der Jahre immer wieder gegenseitige Besuchsdelegationen, etwa von Journalisten und Wissenschaftern. Außerdem besteht ein Warenaustausch via Georgien und ca. 40.000 armenische Touristen besuchen jährlich die Türkei. Eine private armenische Luftfahrtgesellschaft bedient die Strecke Jerewan-Istanbul.

Trotz Beibehaltung der türkischen Bedingungen für eine Normalisierung setzte jedoch nach dem Regierungsantritt der AKP ein Prozess eines gewissen Umdenkens ein – in Entsprechung der von Davutoglu postulierten Null-Problem-Politik. Ministerpräsident Erdogan unterbreitete 2005 den – seitens Armeniens in der Folge abgelehnten – Vorschlag der Einsetzung einer gemeinsamen Historikerkommission zur Untersuchung der Ereignisse von 1915. Im Jahr 2006 erklärte er bei einem OSZE-Gipfel, dass sich die Türkei an die Erkenntnisse der Kommission gebunden fühlen werde. Verschiedene türkische Persönlichkeiten, wie etwa der Schriftsteller Orhan Pamuk oder der armenischstämmige Journalist Hrant Dink begannen offen die Armenienfrage in ihrer historischen Dimension zu thematisieren. Zwei liberale Universitäten in Istanbul veranstalteten im September 2005 eine

Armenien-Konferenz, wobei im Zuge der Diskussionen das Tabu-Wort „Genozid“ fiel (eine türkische Zeitung schrieb damals, darüber sei die Welt auch nicht eingestürzt). Die Ermordung Hrant Dinks brachte bei seinem Begräbnis in Istanbul hunderttausende mit Solidaritätssparolen auf die Strasse. Im Herbst 2008 unterzeichneten 200 türkische Intellektuelle und ca. 30.000 Personen ein Manifest mit der Entschuldigung für die „große Katastrophe“ (womit die Ereignisse von 1915 gemeint sind).

Auf der anderen Seite hatte die Georgien-Krise im August 2008 durch die Unterbrechung der Transitverbindungen Armenien die eigene Isolation erneut klar vor Augen geführt. Präsident Sargsyan, der eine flexiblere Politik verfolgt als sein Vorgänger Kocharian, verstärkte die Bemühungen um eine Lösung und lud Präsident Gül ein, dem WM-Fußball-Ausscheidungsspiel Armenien-Türkei am 6. September 2008 in Jerewan beizuwohnen, was dieser akzeptierte. Zuvor hatten unter Vermittlung der Schweiz, türkische und armenische Vertreter Verhandlungen aufgenommen.

Am 22. April 2009 verkündeten die Türkei und Armenien die Einigung auf eine Road Map für die Normalisierung des Verhältnisses. Deren Inhalt wurde jedoch nicht veröffentlicht. Es war wohl kein Zufall, dass dieses Datum zwei Tage vor dem 24. April lag: an diesem Tage gedenkt Armenien der „großen Katastrophe“ (Meds Yeghern, siehe oben). Zu diesem Anlass hält der US-Präsident traditionell eine Rede. Im US-Kongress gibt es immer wieder Vorstöße (zuletzt im März 2010), die Ereignisse von 1915 offiziell als „Genozid“ einzustufen und u. a. den Präsidenten zur Verwendung dieses Wortes zu zwingen. Die US-Administration hat bisher diese Versuche stets erfolgreich abgeblockt. Assistant Secretary of State P. Gordon meinte im März 2010 vor dem Brooking Institute, die USA befürworteten die volle Aufklärung der Ereignisse von 1915. Diese müsse jedoch durch die Türkei und Armenien vorgenommen werden, Aktionen im Kongress wären der Normalisierung zwischen den beiden Staaten abträglich.¹⁵ Nichtsdestoweniger erweist sich die Armenien-Frage immer wieder als Störfaktor in den Beziehungen zwischen der Türkei und den USA. Die

Türkei wollte offensichtlich durch die Zustimmung zur Road Map den 24. April „entschärfen“.

Die Road Map ließ den Schluss zu, dass die Türkei auf eine der bisherigen Bedingungen, nämlich den Abzug Armeniens aus den besetzten aserbaidischen Gebieten verzichtet. Nach deutlicher Reaktion seitens Baku erklärte man in Ankara, dass eine Normalisierung und Grenzöffnung nicht vor Erfüllung auch dieser Forderung stattfinden könne (siehe hierzu Näheres im Abschnitt Aserbaidisch). Der Aussöhnungsprozess kam ins Stocken, die Vereinbarung, ab Mai 2009 mit internen Konsultationen zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung in den beiden Staaten auf die Normalisierung zu beginnen, wurde nicht umgesetzt.

Am 31. August 2009 wurde verlautbart, dass die Türkei und Armenien zwei Protokolle paraphiert hatten über

- a) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen,
- b) die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

In Dokument b) sind u. a. die Öffnung der Grenze (zwei Monate nach Inkrafttreten der Einigung), regelmäßige politische Konsultationen sowie die Einsetzung einer bilateralen Kommission vorgesehen. Diese soll in sieben Subkomitees die verschiedenen Aspekte der Beziehungen diskutieren, wovon eines deren „historische Dimension“ behandeln wird.

Es wurde vereinbart, die oben erwähnten internen Konsultationen innerhalb von sechs Wochen abzuschließen und die Protokolle nach Unterzeichnung der parlamentarischen Behandlung zuzuführen. Die Protokolle wurden am 10. Oktober 2009 in Zürich durch die beiden Außenminister unterschrieben. Vier Tage danach reiste Präsident Sargsyan über Einladung von Präsident Gül zum Fußball-Rückspiel nach Bursa.

Manche Beobachter meinen, die Türkei habe bei Einigung über die Road Map gehofft, dass es betreffend Nagornij-Karabach Fortschritte geben würde, welche Ankara die Umsetzung der Normalisierung erleichtert

hätten. Die Türkei deutete auch ihr Interesse an Vermittlung und damit praktisch an der Beziehung zu den entsprechenden Bemühungen der Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe an. Armenien lehnte jedoch ab. Es ist zu erwarten, dass die Türkei ihre Anstrengungen hinter den Kulissen fortsetzen wird.

Die Protokolle wurden mittlerweile der türkischen Nationalversammlung zugeleitet, eine Behandlung ist jedoch – nach allen einschlägigen Zusagen an Baku – ohne armenischen Rückzug aus den besetzten aserbajdschanischen Gebieten nicht zu erwarten. Armenischerseits erfolgte die Befassung des Parlamentes am 12. Februar 2009. Vorher hatte der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass die Protokolle nicht der Verfassung widersprechen, jedoch mit dem Zusatz, dass diese nicht in einer Form ausgelegt werden dürften, welche Artikel 11 der Unabhängigkeitserklärung entgegenläuft. Dieser besagt, dass „die armenische Regierung Bemühungen unterstützt, welche zu einer internationalen Anerkennung des Genozids von 1915 in der osmanischen Türkei und in Westarmenien führen“. Seitens der Türkei wurde daraufhin erklärt, dieses Erkenntnis widerspreche Grundlage und Ziel der Protokolle und eine Ratifizierung komme unter diesen Umständen nicht in Frage.

Ein Treffen zwischen Ministerpräsident Erdogan und Präsident Sargsyan am Rande des Gipfels über nukleare Sicherheit in Washington am 12. April 2010 brachte keinen Durchbruch, es wurde lediglich vereinbart, den Normalisierungsprozess „fortzuführen“. Die Verabschiedung der „Genozid“-Resolution durch den Außenpolitischen Ausschuss des US-Repräsentantenhauses im März 2010 sowie im schwedischen Reichstag war der Sache ebenfalls nicht förderlich. In Armenien selbst regen sich starke Widerstände seitens der Daschnak-Partei und seitens der Diaspora. Diese Kreise befürchten, dass das Subkomitee über die historische Dimension die bisherige armenische Interpretation der Ereignisse von 1915 in Frage stellen könnte.

Am 22. April 2009 verkündete Armenien, die Ratifizierung aussetzen zu wollen. Man sei zwar weiter an der Fortführung des Prozesses interessiert, hierfür sei jedoch notwendig, dass die Türkei auf Vor-

bedingungen (gemeint Problem Nagornij-Karabach, siehe oben) verzichtet. In einer Reaktion erklärte Ministerpräsident Erdogan, Ankara akzeptiere das Prinzip „Ohne Vorbedingungen“ im Normalisierungsprozess, Priorität habe aber der Friede in der Region, welcher ohne Lösung betreffend Nagornij-Karabach nicht möglich sei. Außenminister Davutoglu meinte, die Türkei wolle die Öffnung der Grenze zu Armenien, diese sei aber nicht genug, jene zwischen Armenien und Aserbaidschan müsse im Sinne der regionalen Stabilität ebenfalls geöffnet werden.

Der Prozess liegt somit auf Eis. Die Hauptschwierigkeit liegt weiter in der türkischen Rücksichtnahme auf Aserbaidschan. Aus heutiger Sicht sitzt Armenien hier „am kürzeren Ast“ und es ist fraglich, ob und welchen Preis im Sinne von Konzessionen betreffend Nagornij-Karabach man in Jerewan zu zahlen bereit ist. Allerdings droht bei zu langer Verzögerung der Ratifikation die Türkei einerseits an Glaubwürdigkeit zu verlieren und andererseits unter internationalen Druck, insbesondere in den USA, zu kommen. Washington hat Ankara mehrfach aufgerufen, die Protokolle zu ratifizieren, und auch Russland hat sich gegen die Verbindung der Frage der Normalisierung mit dem Problem betreffend Nagornij-Karabach ausgesprochen (ein Zerwürfnis Türkei-Aserbaidschan würde außerdem im Interesse Moskaus liegen).

Fest steht, dass die Normalisierung und Grenzöffnung im Interesse beider Seiten wäre. Für Armenien würde sie die Durchbrechung der Isolation und wirtschaftliche Vorteile (einschließlich der Reduzierung der Kosten für die derzeit über Georgien laufenden Ex- und Importe um ca. 20%) bedeuten. Die Türkei könnte „Genozid“-Vorstößen mit dem Hinweis auf das einschlägige Subkomitee besser entgegenreten und die Grenzöffnung brächte erhöhte Exportchancen für türkische Firmen sowie für die Entwicklung der ostanatolischen Grenzgebiete. Der Prozess wäre auch ein Beitrag zur Stabilität in der Region und würde das Gewicht der Türkei in dieser steigern.

Aserbaidtschan – wichtiger Partner, aber gewisser Schatten auf den Beziehungen

Die Türkei war der erste Staat, welcher Aserbaidtschan nach seiner Unabhängigkeit am 9. Dezember 1991 anerkannte und mit diesem diplomatische Beziehungen aufnahm.

Die Türkei fühlt sich Aserbaidtschan aus ethnischen, historischen, sprachlichen und religiösen Gründen eng verbunden („ein Volk, zwei Staaten“) und stand somit a priori an der Spitze derjenigen Länder, mit denen Aserbaidtschan die größten Fortschritte im Aufbau der Beziehungen machen würde. Die beiden Staaten verbinden politische, strategische sowie wirtschaftliche Interessen, und Ankara unterstützte Baku von Anfang an konsequent in der Nagornij-Karabach-Frage.

Kontakte auf dem Gebiet des Handels und der Kultur entwickelten sich nach 1991 somit rasch. Beide Staaten stehen im anderen Land jeweils in der Spitzengruppe betreffend Ex- und Importe. Die im Bau befindliche Eisenbahnlinie Kars-Tbilisi-Baku soll bis 2011 fertig gestellt sein und den Warenverkehr weiter erleichtern. Es laufen Verhandlungen über die gegenseitige Aufhebung der Visumpflicht. Die Türkei leistete zudem Hilfe bei Aufbau und Ausbildung der aserbaidtschanischen Streitkräfte, inklusive der Errichtung einer Militärakademie in Baku.

Enge Beziehungen bestehen auch auf dem Energiesektor und Aserbaidtschan hat für die Türkei erhebliche Bedeutung als Lieferland von Öl und Gas. Allerdings kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Differenzen über den Gaspreis und das Problem ist kürzlich wieder akut geworden. Türkische Firmen haben stark in den aserbaidtschanischen Energiesektor investiert. Auf der anderen Seite hat die staatliche Öl- und Gasgesellschaft Aserbaidtschans SOCAR 51% der türkischen Petrochemiefabrik Petkim erworben. Die beiden Staaten sind ferner durch die Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan und die Gasleitung Baku-Tbilisi-Erzurum verbunden und sind Teilnehmer am Nabucco-Projekt, wobei es auch in diesem Zusammenhang immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten kam.

Für Juni 2010 ist ein Besuch von Präsident Aliyev in der Türkei vorgesehen. Laut Aussage von Ministerpräsident Erdogan ist die Gründung eines Strategischen Kooperationsrates (nach dem Muster Syrien und Irak, siehe in den entsprechenden Abschnitten) in Aussicht genommen.

Die in Aussicht genommene Normalisierung zwischen der Türkei und Armenien hat einen Schatten auf die bilateralen Beziehungen geworfen. Nach Bekanntgabe der diesbezüglichen Road Map verdächtigte man in Baku die Türkei, die Aussöhnung mit Armenien quasi auf Kosten Aserbaidschans zu betreiben und von der bisher gestellten Bedingung für jene, nämlich das Ende der armenischen Besetzung von Nagornij-Karabach und umliegender Gebiete, abgerückt zu sein (siehe hiezu oben im Abschnitt Armenien). Außenminister Mammadyarov erklärte, eine Grenzöffnung vor Lösung dieser Frage würde den nationalen Interessen Aserbaidschans widersprechen. Präsident Aliyev sagte seine Teilnahme an einer hochrangigen Konferenz in Istanbul ab. Ministerpräsident Erdogan sah sich daraufhin gezwungen, nach Baku zu reisen und dort gegenüber der aserbaidshanischen Staatsspitze und in einer Rede vor dem Parlament am 14. Mai 2009 zu versichern, dass die obgenannte Bedingung weiter aufrecht sei. Türkische Spitzenpolitiker wiederholten in der Folge mehrfach diese Zusage und nach der Paraphierung der Protokolle zwischen der Türkei und Armenien am 31. August 2009, erklärte Erdogan nochmals ausdrücklich, dass es vor einem armenischen Abzug aus den besetzten aserbaidshanischen Territorien keine Ratifizierung der Dokumente geben werde. Er wiederholte diese Aussage anlässlich eines Besuches in Baku im Mai 2010. Hiezu wäre ergänzend zu bemerken, dass – soweit bekannt – Aserbaidshan einer Normalisierung und Grenzöffnung stillschweigend zustimmen würde, wenn Armenien als ersten Schritt fünf der insgesamt sieben besetzten Distrikte rund um das eigentliche Nagornij-Karabach räumt.

Nach all diesen Versicherungen wäre es für die Türkei sehr schwierig, die Forderung Aserbaidschans nicht zu berücksichtigen. Hiezu kommt die öffentliche Meinung in der Türkei, welche über weite Strecken strikt gegen eine Verschlechterung der Beziehungen zum Brudervolk Aserbaidshan ist. Darüber hinaus hätte Baku die Möglichkeit, Ankara

durch eine massive Anhebung des derzeit präferentiellen Gaspreises und eine verringerte Liefermenge an die Türkei (zugunsten verstärkter Exporte in Richtung Russland, was auch negative Konsequenzen für das Nabucco-Projekt nach sich ziehen könnte) empfindlich zu treffen. Und die Türkei hätte sich durch eine Null-Problem-Politik gegenüber Armenien eine Meinungsverschiedenheit im Verhältnis zu Aserbaidschan geschaffen.

Georgien – gutes Verhältnis, kaum neue Entwicklungen

In den Beziehungen zu Georgien hat die Modifizierung der türkischen Außenpolitik keine neue Entwicklung eingeleitet.

Die Unabhängigkeit Georgiens wurde durch die Türkei am 16. Dezember 1991 anerkannt und ein Protokoll über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen unterzeichnet. Bis Mitte der 90er-Jahre blieben die Kontakte allerdings auf bescheidenem Niveau. Erst danach kam es zu einem raschen Ausbau der Beziehungen, insbesondere auf den Gebieten der Wirtschaft, Sicherheit und Kultur. Für Georgien wurde nach den Worten des damaligen Präsidenten Schewardnadze die Türkei ein vorrangiger wirtschaftlicher und strategischer Partner. Heute sind zahlreiche türkische Firmen in Georgien tätig, vor allem im Bausektor. Georgien besitzt für die Türkei in ihrem Interesse, ein Ost-West-Energie-Hub zu werden, als Transitland entscheidende Bedeutung und die Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan sowie die Gasleitung Baku-Tbilisi-Erzurum stellen ein verbindendes Element zwischen den beiden Staaten dar. Georgien ist für die Türkei – zumindest bisher – der einzige direkte Korridor nach Aserbaidschan und der begonnene Bau einer Eisenbahnlinie Kars-Tbilisi-Baku stellt die Kooperation zwischen den beiden Staaten und die Bedeutung Georgiens für die Türkei unter Beweis.

Auf dem militärischen Sektor leistete die Türkei Hilfestellung beim Aufbau der georgischen Streitkräfte. Im Zusammenhang mit den Ambitionen Georgiens betreffend einen Beitritt zur NATO wurden mit türkischer Unterstützung die Militärbasen Vaziani und Marneuli auf

NATO-Standard gebracht. Hilfe Ankaras gab es auch bei Errichtung einer georgischen Militäarakademie.

Förderlich für das Verhältnis ist auch die nach der Rosenrevolution 2003 ausgeprägte pro-westliche Orientierung Georgiens.

In der Frage Abchasien und Südossetien hat sich die Türkei stets klar zur territorialen Integrität Georgiens und der friedlichen Lösung der Konflikte bekannt. Im Zusammenhang mit dem Krieg Georgien-Russland 2008 leistete die Türkei humanitäre und wirtschaftliche Hilfe, reagierte jedoch auf politischem Gebiet verhalten, offensichtlich um die Beziehungen zu Russland angesichts der Abhängigkeit auf dem Energiesektor nicht zu gefährden (siehe hierzu im Abschnitt Russland). Ein gewisses Problem im bilateralen Verhältnis Ankara-Tbilisi stellt die in der Türkei lebende ca. 500.000 Personen umfassende Bevölkerungsgruppe abchasischer Abstammung dar. Ein Abchasien-Solidaritätskomitee sucht immer wieder die georgische Handelsblockade gegen Abchasien zu unterlaufen. Seitens der Türkei werden diese Aktivitäten trotz des engen Verhältnisses zu Tbilisi – vermutlich ebenfalls mit Rücksicht auf Moskau – nicht unterbunden.

6. Russland – rasche Entwicklung der Beziehungen, wichtiger Energiepartner

Nach Ende des Kalten Krieges und des politischen Antagonismus als Angehörige sich in Gegnerschaft befindenden Blöcke begannen sich zwischen der Türkei und Russland normale und pragmatische Beziehungen zu entwickeln. Die parallelen Interessen als geographische Nachbarn und Schwarzmeer-Anrainerstaaten rückten in den Vordergrund. Begünstigt wurde die Entwicklung auch durch den türkischen Misserfolg in dem Versuch, in Zentralasien führende Macht zu werden, was in Moskau mit Misstrauen betrachtet worden war (siehe im Abschnitt Umsetzung der neuen außenpolitischen Linie). Gemeinsam ist den beiden Staaten auch das Interesse an Stabilität im Kaukasus. Für Moskau ist die Türkei auch wichtig wegen ihrer Kontrolle des Bosphorus und der Dardanellen, d.h. des Zuganges zum Mittelmeer.

Die Beziehungen haben in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung genommen, insbesondere auf dem Wirtschaftssektor. Das bilaterale Handelsvolumen hat sich seit 1996 verzehnfacht, betrug 2004 ca. 10 Mrd. US Dollar und 2008 bereits ca. 38 Mrd. US-Dollar, womit Russland heute größter Handelspartner der Türkei ist. Angesichts der russischen Energielieferungen besteht ein starkes – Verhältnis etwa 1:4,5 – türkisches Defizit. Allerdings sind türkische Baufirmen in Russland enorm aktiv, wickeln ca. 25% ihrer Projekte dort ab und hoffen auf massive Aufträge für die Winterolympiade in Sotchi 2014.

Auf dem Sicherheitssektor wurde nach dem 11. September 2001 im November desselben Jahres ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Koordinierung der Antiterroritätigkeit beschlossen. Allerdings hat Russland bisher nicht die PKK als Terrororganisation eingestuft.

Präsident Putin besuchte 2004 Ankara, als erstes russisches Staatsoberhaupt seit Präsident Podgornyj im Jahr 1972. Hierbei wurde eine Gemeinsame Erklärung betreffend die Vertiefung der Freundschaft unterzeichnet. Die Reise von Präsident Sezer im Juni 2006 war die erste

eines türkischen Staatsoberhauptes nach Russland, es folgte jene von Präsident Gül im Februar 2009. Ein weiterer Besuch Putins in die Türkei, diesmal als Ministerpräsident, erfolgte im August 2009, und es wurden regelmäßige Treffen auf Ministerebene zur „Koordinierung der strategischen Kooperation“ vereinbart. Die beiden Politiker hatten sich schon im Mai des gleichen Jahres ebenfalls in Sotchi getroffen. Die offenbar gute persönliche Chemie dürfte ein förderndes Element in der Entwicklung der Beziehungen sein. Im Mai 2010 besuchte Präsident Medwedew Ankara. Hierbei wurden 17 bilaterale Abkommen unterzeichnet. Russland wird das erste türkische Atomkraftwerk bauen, welches im seinem Eigentum verbleiben wird. Die Aufhebung der gegenseitigen Visumpflicht ist in Aussicht genommen, sobald ein Rückübernahmeabkommen finalisiert ist. Der türkischerseits vorgeschlagene Strategische Kooperationsrat auf Ministerebene (nach dem Muster Syrien und Irak, siehe in den entsprechenden Abschnitten) wird auf russischen Wunsch vorerst nur auf Ebene von Vizeministern eingerichtet.

Im Energiebereich bezieht die Türkei 65% ihres Erdgases und 40% ihres Erdöls aus Russland. Einen Durchbruch stellte hierbei die im Jahr 2003 eröffnete Pipeline Blue Stream dar, über welche russisches Gas erstmals direkt (unter dem Schwarzen Meer) in die Türkei gelangt (es besteht das Projekt einer etwaigen Verlängerung bis Israel). Für Blue Stream II ist eine Machbarkeitsstudie geplant. Im Oktober 2009 unterzeichneten die Türkei, Russland und Italien einen Vertrag über den Bau einer Transanatolien-Ölpipepipeline Samsun-Ceyhan durch türkische und italienische Ölgesellschaften, auch hier mit einer eventuellen Verlängerung nach Israel. Diese soll 2012 fertig gestellt sein, 1,5 Mio. Fass täglich transportieren und eine von Ankara angestrebte Entlastung des Verkehrs durch den Bosphorus und die Dardanellen bringen. Die russischen Firmen Transneft und Rosneft haben Interesse an einer Beteiligung angemeldet, die bei entsprechenden Liefermengen russischen Öls für die Pipeline – welche für deren Erfolg entscheidend sind – bis zu 50% betragen könnte.

Insgesamt dürfte Russland interessiert sein, die Türkei noch enger an sich zu binden. Die bereits jetzt bestehende Abhängigkeit macht die Türkei verwundbar. Angesprochen auf die gemäßigte türkische Reaktion

auf die russische Militäraktion in Georgien im August 2008 (siehe hierzu im Abschnitt Georgien) meinte Ministerpräsident Erdogan: „Wenn die Gaslieferungen unterbrochen werden, sitzen wir im Dunkeln. Wir handeln im nationalen Interesse“¹⁶. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Türkei 50% ihres Stroms aus Gas erzeugt. Betreffend das Verhältnis der Türkei zu den USA bzw. zu Russland erklärte er bei anderer Gelegenheit, die USA seien ein Verbündeter Ankaras, Russland aber ein wichtiger Nachbar und Handelspartner, den man nicht ignorieren könne.

Andererseits besteht auf dem Energiesektor eine gewisse Rivalität. Russland versuchte seinerzeit die Pipelines Baku-Tbilisi-Ceyhan und Baku-Tbilisi-Erzurum zu verhindern und steht auch den Projekten Nabucco und ITGI als im Gegensatz zu den eigenen strategischen Interessen negativ gegenüber (siehe hierzu im Abschnitt Energiepolitik). Allerdings wurde beim Besuch Putins 2009 ein Abkommen unterzeichnet, mit welchem die Türkei geologischen und ökologischen Untersuchungen für die russische Pipeline South Stream sowie deren Streckenführung in ihrer exklusiven Wirtschaftszone im Schwarzen Meer zustimmt. Außenminister Davutoglu bezeichnete den Abschluss des Vertrages als eine für die Türkei rationale und nicht ideologische Verhaltensweise.

Nach dem Georgienkrieg 2008 versuchte Russland Druck auf die Türkei auszuüben, US-Schiffen mit Hilfslieferungen für Georgien die Durchfahrt durch den Bosphorus zu verweigern. Türkische LKWs wurden bei der Einreise nach Russland verschärften Kontrollen unterzogen, wodurch angesichts verzögerter Lieferungen auf türkischer Seite große finanzielle Schäden entstanden. Die Angelegenheit wurde später bereinigt. Grundsätzlich besteht aber im Schwarzen Meer gute Zusammenarbeit, etwa im Rahmen von Blackseafor und Black Sea Harmony. Beide Staaten teilen eine gewisse Tendenz, das Schwarze Meer gleichsam als türkisch-russischen See zu betrachten (in der Türkei werden der Bosphorus und die Dardanellen bezeichnenderweise „türkische Meerengen“ genannt) und den gemeinsamen Wunsch, im Schwarzen Meer den Einfluss auswärtiger, potentiell den eigenen vitalen Interessen zuwiderlaufender Faktoren, wie etwa der USA, zu be-

schränken. So hat sich mit Rücksicht auf Russland die Türkei auch gegen die Ausweitung von NATO-Aktivitäten auf das Schwarze Meer, etwa in Form der Operation Active Endeavour ausgesprochen. Hierdurch behält sie zudem die Stellung des stärksten NATO-Mitgliedes in der Schwarzmeer-Region.

Die russische Militäraktion gegen Georgien 2008 wird von Seiten der Türkei als Versuch gewertet, die Dominanz Moskaus im Südkaukasus wiederherzustellen. Öffentlich wurde jedoch keine Besorgnis über die erhöhte russische Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien geäußert. Das Interesse an einer Kooperation mit Russland im Südkaukasus und im Schwarzmeer-Raum dürfte in Ankara wohl wieder abnehmen, wenn der Türkei in dieser Zusammenarbeit lediglich die Position des Juniorpartners zukommt. Friktionspunkte auf politischem Gebiet sind ferner die traditionelle Unterstützung Russlands für Zypern sowie – auf Grund der öffentlichen Meinung in der Türkei – die oft exzessive russische Gewalt in Tschetschenien. Allerdings hat Ankara trotz Kritik an dieser stets klargemacht, dass es sich um eine innere Angelegenheit der Russischen Föderation handelt.

Insgesamt haben die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern vor allem einen wirtschaftlichen Hintergrund, gewinnen aber immer mehr an politischer Substanz. Manche Beobachter sehen ein Interesse bzw. die Hoffnung Moskaus, die Türkei der NATO etwas zu entfremden. Ankara ist am Ausbau der Beziehungen insofern interessiert, als man dort offenbar hofft, durch ein gutes Verhältnis zu dem Global Player Russland das eigene Gewicht auf der internationalen Bühne, vor allem in Europa zu erhöhen.

7. Energiepolitik – türkische Bestrebungen, Energiedrehscheibe zu werden

Die Türkei war in den letzten Jahren bestrebt, sich auf dem Energiesektor zu profilieren und auch auf diesem Wege ihre Position als Regionalmacht zu festigen. Das Land produziert zwar selbst wenig Energie, hat jedoch erkannt, dass es auf Grund seiner geographischen Lage ein wichtiger Transitkorridor sein kann. Die Türkei sieht sich selbst als Energiedrehscheibe sowohl für Transporte von Ost nach West zwischen dem Nahen Osten bzw. Zentralasien und Europa, als auch in der Nord-Süd-Richtung. Insbesondere betreffend Ersteres, den Energietransit durch den sogenannten Südlichen Korridor, laufen die Interessen Ankaras (Energie-Hub) und der EU (Energiesicherheit bzw. Verringerung der Abhängigkeit von Russland) parallel, was auch türkischerseits im Zusammenhang mit den EU-Bestrebungen des Landes immer wieder ins Treffen geführt wird. Allerdings steht dieser Gleichklang der Interessen, inklusive jener der USA in gewissem Gegensatz zu den engen Beziehungen der Türkei mit Russland auf dem Energiesektor (siehe hierzu im Abschnitt Russland).

Die Türkei hat offenbar erkannt, dass anders als zur Zeit des Kalten Krieges die militärisch geprägte Dominanzpolitik weitgehend ausgedient hat und ist bestrebt, durch Nutzung der Stellung als Transitland für Kaspische Energieressourcen die eigene Rolle zu steigern. Es handelt sich gleichsam um eine Politik der „Securitization“ wirtschaftlicher Fragen.¹⁷

2002 wurde der Bau der Erdölleitung Baku-Tbilisi-Ceyhan (Mittelmeerhafen) begonnen und diese im Juli 2006 in Betrieb genommen. Wenn sie ihre volle Kapazität erreicht, soll sie täglich eine Million Fass aserbaidischen Erdöls transportieren. In Ergänzung hierzu wurde die Erdgaspipeline Baku-Tbilisi-Erzurum, genannt auch South Caucasus Pipeline, errichtet (Baubeginn 2003), welche im Dezember 2006 die ersten Lieferungen aus Aserbaidschan aufnahm. Die Kapazität wird nach 2012 20 Mrd. m³ jährlich betragen. Seit 2007 in Betrieb ist ferner die

Leitung Interkonnektor Türkei-Griechenland (ITG), welche bei Maximalkapazität 3,5 Mrd. m³ aserbaidischen Gases nach Westeuropa bzw. den EU-Raum liefern kann.

Hiezu kommen die geplante Gasleitung Nabucco, in welchem Projekt die Türkei Partner Österreichs, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens ist. Ein entsprechendes Regierungsabkommen wurde im Juli 2009 unterzeichnet und von der Türkei – übrigens als letztes Land – im März 2010 ratifiziert. Die Pipeline soll nach Ansicht der EU zur Energiesicherheit Westeuropas (sprich zur Verringerung der Abhängigkeit von Russland) beitragen. Auf Details betreffend das Vorhaben soll hier nicht näher eingegangen werden. Über eine weitere Gaspipeline aus dem Kaspischen Raum nach Westen wurde 2007 zwischen der Türkei, Griechenland und Italien Einigung erzielt. Die ITGI – praktisch eine Verlängerung der ITG – soll 2012 in Betrieb gehen und eine Kapazität von jährlich 11,5 Mrd. m³ haben.

Im Interesse der Energie-Ambitionen Ankaras wäre auch die Einspeisung größerer Mengen an irakischem Gas in das türkische Netz bzw. die Weiterleitung Richtung Westen (siehe hiezu im Abschnitt Irak). Derzeit herrschen jedoch Meinungsdivergenzen zwischen der Regierung in Bagdad und der kurdischen Regionalregierung im Norden über die Lizenzvergabe für die Ausbeutung der Gasfelder und die Verteilung der Einnahmen. Für Ankara von gewisser Bedeutung auf dem Energiesektor ist auch irakisches Erdöl angesichts einer bestehenden Pipeline Kirkuk-Ceyhan (siehe hiezu ebenfalls im Abschnitt Irak), vor allem aus der Region Kirkuk, wo ca. 20% der bekannten irakischen Ölreserven liegen.

Einen Beitrag zur Rolle der Türkei als Energiedrehscheibe könnte auch die Erhöhung der Bezüge iranischen Gases leisten, welches dann in Nabucco oder ITGI einfließen könnte. Bisher konnten sich Ankara und Teheran jedoch nicht auf die Errichtung einer neuen Pipelineverbindung einigen (die Absicht zu dem Bau war in einem MoU 2008 grundsätzlich festgehalten worden).

Als möglicher Gaslieferant für die Türkei wurde in letzter Zeit auch Qatar genannt. Beim Besuch des Emirs in Ankara im August 2009

reagierte dieser grundsätzlich positiv auf einen Vorschlag Erdogans zum Bau einer Pipeline in die Türkei sowie der allfälligen Lieferung von LNG.

Die Wichtigkeit der Türkei als Energiekorridor würde steigen, wenn die Kaspischen Staaten eines Tages allenfalls eine Lockerung ihrer Abhängigkeit von Russland für ihre Öl- und Gastransporte anstreben und nach alternativen Routen Richtung Westen suchen sollten.

Der Krieg zwischen Georgien und Russland im Jahr 2008 hat allerdings ein gewisses Fragezeichen hinter die Rolle der Türkei als Energiekorridor in Richtung Westeuropa unter Umgehung Russlands gesetzt. Für diese Stellung ist die pro-westliche Orientierung der Regierung in Tbilisi unerlässlich, ebenso wie das Interesse Aserbaidshans, sich als verlässlicher Partner des Westens als Energieproduzent und auch Transitland zu profilieren. Ein Kurswechsel in einem der beiden Staaten – allenfalls unter dem Einfluss Moskaus – würde die Lage wohl entscheidend verändern.

Die Zusammenarbeit der Türkei mit Russland im Energiesektor (South Stream, Blue Stream und andere Projekte) wurde im Abschnitt Russland bereits näher behandelt. Außenminister Davutoglu zufolge sieht die Türkei South Stream und Nabucco nicht als rivalisierende, sondern als komplementäre Projekte an (was von vielen Energie- bzw. Wirtschaftsexperten bestritten wird). Nabucco sei eine strategische Priorität, die Abkommen mit Russland auf dem Energiesektor seien das natürliche Ergebnis der Geographie der Türkei und ihrer Stellung sowohl als Ost-West-, als auch Nord-Süd-Transitland. Dies werde die regionale wirtschaftliche Integration fördern und auch die Weltwirtschaft stärken.

8. Auswirkungen für die EU und die USA – bisher keine Abwendung vom Westen, aber künftig unabhängigere, stärker regional bezogene Politik

Der Wandel in der türkischen Außenpolitik hat in manchen Kreisen der EU und der USA die Besorgnis aufkommen lassen, dass sich die Türkei von ihrer bisherigen pro-westlichen Linie und euro-atlantischen Orientierung der letzten 60 Jahre wegbewegt. Türkische Positionsbezüge und Initiativen lösten Irritation in Washington und insbesondere in Israel aus und es wurde der Verdacht geäußert, dass die AKP-Regierung auch in der Außenpolitik eine versteckte islamische Agenda verfolgt. Kritik lösten in Washington auch Kontakte der Regierung in Ankara mit „Tabu-Gesprächspartnern“, wie der Hamas und dem Iran aus (wobei die Bezeichnung von Ahmedinejad als „Freund“ seitens Erdogans bei dessen Besuch in Teheran Ende Oktober 2009 auf besondere Ablehnung stieß). Die Intensivierung der Beziehungen Ankaras zu seinen Nachbarn im Nahen Osten, so heißt es in Washington ferner, dürfe nicht zulasten Israels gehen, mit welchem Ankara sein Verhältnis wieder stärken soll. Es wird die Frage aufgeworfen, ob bzw. inwieweit die neue Orientierung der Türkei mit den Interessen des Westens kompatibel sein wird. S. Capatay meinte hiezu, die AKP Regierung habe seit ihrem Amtsantritt die traditionell nach Westen ausgerichtete Außenpolitik unterminiert.¹⁸ Einige Beobachter sehen in dem Wandel in der türkischen Außenpolitik ein Zeichen der Verärgerung über die Haltung der EU in der Beitrittsfrage.

Die Abwendung vom Westen wird seitens türkischer Politiker und Regierungsvertreter stets bestritten. Präsident Gül erklärte in einem Interview für Newsweek¹⁹ auf die Frage, ob sich die Türkei vom Westen ab- und dem Nahen Osten zuwende, dies sei nicht korrekt, aber die Türkei könne keine nach nur einer Seite orientierte Außenpolitik haben. Sie sei Mitglied der NATO, EU-Kandidat und ein islamisches Land mit Wurzeln im Nahen Osten und im Kaukasus. Keiner dieser Aspekte dürfe vernachlässigt werden. Ministerpräsident Erdogan formulierte folgen-

dermaßen: “Wenn wir uns dem Westen zuwenden, dürfen wir es uns nicht leisten, dem Osten den Rücken zuzukehren. Die Türkei ist an guten Beziehungen in allen Richtungen interessiert“. Er bezeichnete die Verstärkung des Verhältnisses zu den Nahost-Nachbarn nicht als Richtungswechsel, sondern als „Normalisierung“. Außenminister Davutoglu äußerte sich in ähnlichem Sinne: Die Türkei habe EU-Orientierung und niemand könne an ihrer NATO-Mitgliedschaft zweifeln. Aber die Geographie verlange eine Politik, welche globale und regionale Faktoren integriere. US-Assistent Secretary Gordon meinte in einem Vortrag vor dem Brookings Institute, die Türkei habe eine multiple Identität, die USA glaubten jedoch, dass Ankara in der euro-atlantischen Allianz verankert ist und es auch bleiben will. Er fügte hinzu, die USA unterstützten grundsätzlich die Null-Problem-Politik, diese dürfe aber nicht unkritisch und um jeden Preis erfolgen.

Die strategische Partnerschaft mit dem Westen war bisher auf die Erhaltung des politisch-militärischen Status quo gerichtet und entsprach der konservativen Außenpolitik der kemalistischen Regierungen.²⁰ Mit Wegfall der Bedrohung durch die Sowjetunion ist eine Verringerung der Abhängigkeit vom Westen (sprich den USA) und eine verstärkte Hinwendung zu den Nachbarregionen eingetreten. Grundsätzlich ist das größere Engagement der Türkei im Nahen Osten, dem Südkaukasus und dem Schwarzmeer-Raum aber bisher nicht zu Lasten der Westorientierung des Landes gegangen. Bereits der islamistisch ausgerichtete Ministerpräsident Erbakan war in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre für engere Beziehungen zu den islamischen Nahost-Staaten und gleichzeitige Lockerung der Kontakte zum „christlichen Westen“ eingetreten. Die AKP-Regierung hat die Beziehungen zu den nahöstlichen Nachbarn der Türkei wiederbelebt, aber nicht auf Kosten des Verhältnisses zum Westen.²¹

Tatsächlich hat die Türkei bisher ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber dem Westen erfüllt. Die Luftwaffenbasis in Incirlik dient zur Versorgung der US-Truppen im Irak und Afghanistan, wo die Türkei auch Verbände für die ISAF stellt (allerdings ohne Kampftruppen) und bereits zweimal das Kommando über die Truppe inne hatte. Ankara ist unverändert der wichtigste Verbündete der USA in der islamischen Welt

und trägt aktiv zur Stabilisierung des Irak und zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus bei.

Allerdings hatte 2003 die Weigerung der Türkei, den Durchmarsch von US-Truppen in den Nordirak zu gestatten (siehe hierzu im Abschnitt Irak) eine gewisse Lockerung des Verhältnisses zwischen Ankara und Washington signalisiert und eine vorübergehende spürbare Belastung der Beziehungen gebracht. In der Folge war jedoch die Türkei parallel zu den westlichen Interessen bemüht, zur Stabilisierung des Irak beizutragen.

Eine engere Partnerschaft der Türkei mit Damaskus und mit Teheran und der Aufbau intensiverer Wirtschaftsbeziehungen liegen zwar keinesfalls auf der Linie Washingtons, richtet sich jedoch auch im Falle des Iran nicht notwendigerweise diametral gegen die US-Interessen. Und auch wenn der starke Ausbau der Beziehungen der Türkei mit Russland nicht unbedingt den Präferenzen der USA entspricht, gibt es doch auch im Südkaukasus und dem Schwarzmeer-Raum keine substantiellen Konfliktpunkte zwischen den türkischen und den westlichen Interessen. Das stärkere türkische Engagement stellt viel eher ein Gegengewicht zu den offenbar wiedererwachten russischen Bestrebungen dar, im Südkaukasus als quasi Ordnungsmacht aufzutreten. Und die Bemühungen der Türkei, ein Korridor für den Energietransit von Osten nach Westen zu werden (siehe Abschnitt Energiepolitik) entsprechen den EU-Bestrebungen nach Energiesicherheit für die Staaten der Union.

Insgesamt bedeutet bisher die partielle Neuorientierung der türkischen Außenpolitik nicht eine Abwendung vom Westen, sondern sie erfolgt in besserer Entsprechung der geopolitischen und regionalen Realitäten des Landes. Die Ausrichtung nach Westen ist allerdings nicht mehr das allein dominierende Element der Politik. Der türkische Journalist O. Taspinar meint hierzu, die größte Gefahr für die Westorientierung sei nicht der Islamismus sondern der wachsende Nationalismus und die Frustration über Europa.²² Tatsächlich hat die Zustimmung zu den USA seit 2002 in der Türkei stark abgenommen und ist im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg teilweise in Anti-Amerikanismus umgeschlagen, was jedoch weniger auf die AKP, als vielmehr auf die Politik von G. W.

Bush zurückzuführen sein dürfte. Es wird sich zeigen ob sich das Bild unter Präsident Obama ändert. Dieser hatte bei seinem Türkei-Besuch 2009 eine „Modell-Partnerschaft“ proklamiert, neue Elemente in dieser sind allerdings bisher kaum sichtbar.

Für die Zukunft kann eine Fortsetzung der Kooperation mit dem Westen, aber gleichzeitig auch eine eigenständigere Außenpolitik der Türkei in ihren Nachbarregionen erwartet werden. Die multidimensionalere Politik auf Basis eines gestiegenen Selbstbewusstseins, verbunden mit den zeitgleichen Veränderungen im Inland, welche die kemalistischen Prinzipien in Frage gestellt und die Rolle des Militärs redimensioniert haben, wird als Konsequenz nach sich ziehen, dass die Türkei internationale Geschehnisse nicht mehr durch die überwiegend „westliche Brille“ sieht. S. Kardas meint sogar, die Kooperation mit den USA bzw. der EU werde in Ankara nun teilweise durch das regionale Prisma betrachtet.²³ Die Türkei ist heute selbstbewusster, was in manchen Fällen zur Abweichung von der transatlantischen Linie geführt hat (z.B. betreffend den Iran oder Russland). Der Unterstaatssekretär im türkischen Außenministerium, S. Yenel, erklärte „Früher haben wir auf die Großmächte gewartet, welche Entscheidung sie treffen und sind dieser gefolgt. Heute treffen wir selbst unsere Entscheidungen.“²⁴ Die Türkei hat nunmehr mehrere Prioritäten und wird nicht länger mehr oder weniger automatisch der US-Linie folgen – siehe die Verweigerung des US-Durchmarsches im Jahr 2003 – insbesondere, wenn es den eigenen Interessen Ankaras widerspricht (als Beispiel sei angeführt, dass genau zu dem Zeitpunkt, als in den USA und in Westeuropa Kritik am russischen Vorgehen in Georgien 2008 geübt wurde die Türkei mit Russland einen Vertrag über den Ankauf von Panzerabwehrraketen im Werte von US Dollar 800 Mio. abschloss). Eine Studie des Hudson Institutes warnte bereits 2007, die USA sollten sich auf die neue Führungselite in Ankara und deren modifizierte Politik einstellen um Schaden für die Beziehungen zu vermeiden. Ebenso wird eine Türkei mit stärkerem eigenem außenpolitischem Profil weniger geneigt sein, ihre Politik an der EU-Linie zu orientieren, vor allem solange es keine wirklich konkrete Beitrittsperspektive gibt. Im Nahen Osten wird die Türkei wohl insgesamt ein Gleichgewicht anstreben zwischen der Unterstützung westlicher Interessen und dem Ausbau des Verhältnisses

zu den Nachbarstaaten dieser Region. Die Förderung der bilateralen Beziehungen in ihren Nachbarregionen wird für die Türkei allenfalls manchmal Vorrang vor den Beziehungen zu EU und den USA haben, und sie wird in diesem Sinne bereit sein, Differenzen mit letzteren in Kauf zu nehmen.

Bei guter Koordination im Nahen Osten, dem Südkaukasus und dem Schwarzmeer-Raum kann die modifizierte türkische Außenpolitik auch für die EU und die USA Vorteile bringen und für westliche Initiativen hilfreich sein. Für S. Flanagan stellt die Türkei mit ihrer gewandelten multidimensionalen Außenpolitik eine sowohl geographische als auch metaphorische Brücke zu ideologischen Bereichen dar, welche für die EU bzw. die USA nicht erreichbar sind.²⁵ In ihrem Selbstverständnis als Regional Player wird die Türkei aber vermutlich erwarten, von in Aussicht genommenen Aktionen vorher informiert bzw. konsultiert zu werden. Sollten insbesondere die USA diese Rolle als regionaler Player und stabilisierender Faktor im Nahen Osten nicht anerkennen bzw. der Türkei nicht gestatten, dort eigenständige Aktionen zu setzen, wird sich das wohl auf das Verhältnis zwischen Ankara und Washington negativ auswirken. Hiezu kommt, dass die stärkere Betonung der islamischen Identität es für die Türkei mit Rücksicht auf die eigene öffentliche Meinung in manchem Fall schwierig machen könnte, gewisse US-, eventuell auch EU-Positionsbezüge, insbesondere im Nahen Osten, zu unterstützen. In diesem Sinne würde eine potentielle US-Militäraktion gegen den Iran für die Türkei einen Härte-test für ihre Beziehungen mit Washington bedeuten. Ein möglicher Konfliktpunkt könnte sich auch beim Abzug der US-Truppen aus dem Irak ergeben, sollten die USA beispielsweise die Einräumung der Möglichkeit des (teilweisen) Truppenrücktransportes via Incirlik fordern, dem die Mehrheit der türkischen Bevölkerung vermutlich negativ gegenüberstehen würde.

Auf sicherheitspolitischem Gebiet sollte die gestärkte internationale Stellung der Türkei durch die westliche Staatengemeinschaft genutzt werden. So wäre die Türkei mit der zweitgrößten Armee unter den NATO-Staaten, guten Beziehungen zu den USA und der EU und als gleichzeitig muslimisches Land beispielsweise ein hervorragender Kandidat für friedenserhaltende Operationen in Staaten der islamischen

Welt, da man in diesen Regionen türkischen Truppen als Moslems a priori größeres Vertrauen entgegenbringen würde. Im gleichen Sinne könnte sich für die EU eine Einbeziehung der Türkei in Krisen- und Konfliktmanagement bzw. eine Zusammenarbeit mit Ankara als zweckmäßig erweisen.

Quellennachweis

- ¹ A. Davutoglu, Strategische Tiefe
- ² A. Davutoglu, Turkey's Foreign Policy Vision, InsightTurkey, Vol 10, Nummer 1, 2008
- ³ A. Öztürk, Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei, 2009
- ⁴ B. Aras und K. Polat, Isik Universität, 2008
- ⁵ V. Perthes, Tagesanzeiger, 10.02.2010
- ⁶ H. Kramer, Die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei, SWP-Aktuell, 25.3.2010
- ⁷ V. Perthes, Tagesanzeiger, 10.02.2010
- ⁸ Washington Post, 08.01.2010
- ⁹ Ö. Genc, Turkey's Emerging Role in the Middle East, New Faces Conference, 2007
- ¹⁰ C. Ülsever, Mideast Mirror bzw. Hürriyet, 09.02.2010
- ¹¹ F. Bila, Milliyet, 17.02.2006
- ¹² V. Perthes, Tagesanzeiger, 10.02.2010
- ¹³ The Washington Note, 15.04.2010
- ¹⁴ H. Kabolat, Zaman, 19.08.2008
- ¹⁵ CQ Weekly, 24.06.2010
- ¹⁶ Turkish Daily News, 01.09.2008
- ¹⁷ H.Kramer, Die Türkei als Energiedrehscheibe, SWP-Studie, April 2010
- ¹⁸ S. Capatay, WINEP, Policy Focus, April 2007
- ¹⁹ Newsweek, 19.04.2010
- ²⁰ E. Kohen, IILP, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, Oktober 2009
- ²¹ Y. Bozdaglioglu, Insight Turkey, Vol. 10, Nr. 1, 2008
- ²² O. Taspinar, Zaman, 12.04.2010
- ²³ S.Kardas, Turkey: Redrawing the Middle East map or Building Sandcastles, ProQuest Information and Learning, 2010
- ²⁴ The New Republic, 29.04.2010
- ²⁵ S. Flanagan, Turkey's Shifting Dynamics, CSIS, Juni 2008